Einzelpreis 15 Pfennige — Halle, Mittwoch, den 23. Januar — Jahrg. 1924 • Nr. 19

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit 6 tägl. Unterhaltungsbl. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" — Bezirksorgan der SPD. ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44. Hinterh. II. Fernruf 4667

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt wöchentlich 70 Pfennige einschließlich Zustellungs-Gebühr; für Abholer 65 Pfennige. Das Abonnement ist bindend für den ganz. Bezugszeitraum. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 5 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 20 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605, und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung). — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Lassalle-Hatzfeldt.

Von F. O. H. Schulz.

I.

Die Literatur über Ferdinand Lassalle ist so groß, daß auch dem weitestgehendsten Bedarf der Freunde des großen Agitators und Organisators vorläufig Genüge geschieht, wenn die vorhandenen Werke auf Grund neuerer Forschung und Erkenntnis zweckentsprechend revidiert oder ergänzt werden. Eine wahre Fundgrube für den Lassalle-Forscher sind darum die von Prof. Gustav Mayer (Berlin) herausgegebenen und an dieser Stelle bereits mehrfach erwähnten „Nachgelassenen Briefe und Schriften", deren vierter Band „Lassalles Briefwechsel mit Gräfin Sophie von Hatzfeldt" vor einigen Wochen vom Verlag der Oeffentlichkeit übergeben worden ist.*) Bisher war das Verhältnis zwischen Sophie von Hatzfeldt und Lassalle ein Spielball der Kombinationen freundlicher oder böswilliger Geister der Geschichtsbetrachtung gewesen. Die einen machten sich ein Vergnügen daraus, die Beziehungen zwischen dem jungen Sozialdemokraten und der 20 Jahre älteren Gräfin auf das Gebiet der als Leseware sehr begehrten Intimität zu zerren, die anderen ließen die Frage der Sexualität offen und begnügten sich damit, das Verhältnis der beiden Menschen aus der Parallelität ihrer gemeinsamen Kämpfe und Sinnesart zu erklären. Beide Interpretationsrichtungen waren mehr oder weniger auf Hypothesen angewiesen, beiden fehlte die Grundlage für eine zuverlässige Beurteilung der Charaktere und ihrer wechselseitigen Einwirkung. Nach Einsichtnahme in den nun vor uns liegenden Briefwechsel darf man wohl ohne Uebertreibung sagen, daß das Verhältnis Lassalle-Hatzfeldt den großen Freundschaftsbündnissen in der Geschichte ebenbürtig an die Seite gestellt werden kann. Wenn es auch nicht seelisch so schlackenrein, so ungetrübt war wie beispielsweise die Beziehungen von Goethe zu Frau von Stein, so hat es doch 18 Jahre hindurch trotz aller aufwühlenden Leidenschaft des despotisch veranlagten Lassalle, trotz der absoluten Verschiedenheit des Bodens, auf dem beide Menschen groß geworden sind, trotz der tausend Konflikte, die aus der Differenz der Temperamente und der Lebens- und Ausdrucksformen sich ergaben, bis zum tragischen Tode des Begründers der deutschen Sozialdemokratie gehalten und darüber hinaus reiche Früchte getragen. Denn nach dem Tode Lassalles wuchs die Freundschaft der Zurückgebliebenen noch einmal mächtig hoch. Daß der Kult Sophie von Hatzfeldts mit dem toten Freunde schließlich weder dem Werke Lassalles noch der von ihm entfachten Arbeiterbewegung zugute kam, steht allerdings auf einem anderen Blatte, dessen Betrachtung nicht zu den Aufgaben dieses Artikels gehört. Wie tiefe Wurzeln aber die Freundschaft der Frau zu ihrem Beschützer geschlagen hatte, geht aus ihrem ein halbes Jahr nach dem Tode Lassalles an dessen Mutter geschriebenen Brief hervor, in dem es heißt: „Ferdinand war mein Stolz, und mein Ruhm war seine Freundschaft für mich, sein Vertrauen zu mir; jetzt kann ich nur noch den einzigen Wunsch nach dem Ruhm haben, daß neben seinem großen Namen der meinige einen bescheidenen Platz behalte als den seines besten und einzigen Freundes, wie er selbst mich so oft in seinen Briefen genannt hat. . . . So wenig ich mich durch meine Familie und die Versprechungen, die sie mir machte, habe bewegen lassen, den lebenden Lassalle zu verlassen, ebensowenig tue ich es jetzt, wo er tot ist. Ich will nicht mehr als das Bewußtsein, daß, wenn es ein Wiedersehen nach dem Tode gibt, ich Ferdinand sagen kann, daß ich meine Pflicht gegen ihn ganz erfüllt habe und sein Vertrauen gerechtfertigt habe . . ."

Wie hat sich nun Lassalle diese über den Tod hinausdauernde Freundschaft einer aus ganz anderen Gesellschaftssphären stammenden und deshalb in einer ursprünglich ganz andersgearteten Vorstellungswelt lebenden Frau verdient? (Sophie war die Tochter des seinerzeit bekannten Diplomaten Fürsten Franz Ludwig von Hatzfeldt und wurde am Vorabend ihres siebenzehnten Geburtstages mit dem Grafen Edmund von Hatzfeldt-Kunstweiler vermählt.) Sophie von Hatzfeldt war wegen Beleidigung zweier Düsseldorferinnen 1848 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Während der Dauer der Revolution wagte man nicht, die Strafe an ihr zu vollstrecken. Als sie jedoch in der ersten Maiwoche 1849 den Aufständischen besondere Sympathie bezeugte, steckte man sie ins Gefängnis, und zwar zu einer Zeit, wo Lassalle selbst seine revolutionäre Gesinnung hinter Kerkermauern büßte. Als Lassalle die auf besonders brutale Art erfolgte Verhaftung der Gräfin — man hatte sie durch Gendarmen abführen lassen — erfahren hatte, schrieb er ihr am 21. Mai 1849 einen Brief voll flammender Empörung, einen einzigen Schrei, seine mütterliche Freundin an der Reaktion und ihren Bütteln zu rächen. Die das unbändigende Temperament des 24jährigen Lassalle am meisten charakterisierende Stelle lautet: „Ich habe . . . in diesem Augenblicke bedächtig, langsam und ernst abgeschworen jede Hoffnung, jedes Verlangen nach eignem Glück; ich will nichts mehr, gar nichts mehr, gar nichts, keine Freude pflücken auf dieser Erde, keine Lust genießen, keine frohe Stunde will ich; alles, was sonst begehrenswert vor meiner Seele stand, ich verzichte darauf gern und für immer. Ich werde von nun an einzig und allein leben, um eine Rache zu nehmen an diesen Tigern, die Recht, Gesetz und Menschlichkeit mit Füßen treten, an diesen erkauften Banditen, eine Rache, die vollständig und beispiellos sein soll. Das ist das einzige, was ich noch will, was mich aufrecht hält und mir eine übermenschliche Kraft gibt. Großer Gott, gib, daß ich diese Rache nehmen kann! Mit unaussprechlicher Wollust will ich mein eigenes Haupt auf die Guillotine legen, fünf Minuten später, nachdem ich zuvor ein wenig göttliche Gerechtigkeit gespielt und diese Brut, oh, diese Brut, oh, diese Kannibalenbrut zertreten habe. So möge das Glück Sie endlich einmal und für immer heimsuchen, wie ich jeden anderen Lebenszweck gern aufgebe, um nur diesen zu erlangen."

Es bedarf keiner besonderen Ueberlegung, wie wohl solch von grandioser Leidenschaft und von selbstlosem Aufopferungswillen durchglühter Brief auf die von einem brutalen Gatten getrennt Lebende und von einer verständnislosen und feindlichen Gesellschaft verfolgten Gräfin gewirkt haben mag. Dieser Brief aber ist nur einer von vielen ähnlicher Art, und diese Gefühlsausbrüche charakterisieren nicht nur den jungen Mann, sondern auch den Grad seines Verbundenseins mit der 44jährigen, damals und auch noch ein Jahrzehnt später auffallend schönen Frau. Ob Lassalle für dieses aus einer auch für ihn mit mancherlei begehrenswerten Reizen ausgestatteten Sphäre stammende Weib Liebe empfunden, ob seine Leidenschaft nicht nur der Ausdruck des Empörtseins über die Mißhandlungen eines über den Rahmen ihrer engeren Gesellschaft nach Emanzipation strebenden Weibes war? Auch darüber gibt der Briefwechsel Antwort. Lassalle lernte im September 1860 in Aachen Sophie von Sontzow, die Tochter eines russischen Gouverneurs, kennen, für die er anfänglich lebhafte Sympathien empfand, ohne jedoch jene Leidenschaft zu empfinden, die ihm erste Voraussetzung für einen Lebensbund schien. Nachdem er am 8. September der Gräfin die Lebenswürdigkeit der Sontzow geschildert hatte, führt er fort: „Aber ich weiß nicht, ich kann keine Leidenschaft mehr in meinem vom Feuer verzehrten Herzen aufbringen. . . . Auch die einzige Person, die ich je geliebt habe, sind doch Sie gewesen, und das habe ich besonders im Jahre 1849 in meiner Kölner Haft sehr deutlich empfunden." Ob Sophie von Hatzfeldt die Liebe Lassalles erwiderte, ob sie ihm Erhörung geschenkt, darüber verlautet in den nachgelassenen Briefen nichts. Sicher jedoch ist, daß die Gefühle der Gräfin für ihn nicht mit dem Maßstabe irgendeines Alltagsbündnisses, nicht mit der Elle von Krämerseelen gemessen werden können und daß, falls zwischen ihnen beiden zeitweilig intimere Bande als die der Seelenfreundschaft bestanden haben sollten, auch diese nur eine Seite jenes außerordentlichen Verquidtseins zweier auf Gedeih und Verderb verbundener Schicksalsgenossen gewesen sein können.

Die vorstehenden Darlegungen müßten an sich nun den Eindruck erwecken, als ob die beiden Menschen ein harmonisches Band umschlungen habe, von dem jeder dissonierende Ton nach Möglichkeit ferngehalten wurde. Solche Vorstellungen hegen, hieße sich von dem Charakter Lassalles eine vollkommen falsche Vorstellung machen. Der genialisch begabte Sohn des jüdischen Seidenhändlers in Breslau hat Zeit seines Lebens mit buchstäblich unvergleichlicher Energie den Kampf um die Befreiung aus dem Ghetto seiner Vorfahren geführt. Bei Verfolgung seines Briefwechsels von den ersten selbständigen geistigen Regungen bis zur vollen Entfaltung seines intellektuellen Reichtums entsteht ein sehr anschauliches Bild dieses Emanzipationskampfes, der ständig aufwärts führt, aber nie zum Abschluß kam und nicht führen konnte, weil auch die heroenhafteste Selbstzucht von Jahrzehnten die traditionellen Fesseln von Jahrhunderten nicht ganz zu beseitigen vermochte. So entstand der Mann, der einerseits „ausgerüstet mit der Wissenschaft seines ganzen Jahrhunderts" war und anderseits das Bleigewicht der Tragödie seiner Rasse geistlebens mit sich herumschleppte und infolgedessen in keiner Phase seines Lebens zu einem Gleichgewicht seiner Persönlichkeit gelangte. So geschah es, daß der immer mächtiger sich entfaltende Geist gegen Schluß seines Lebens zu der Erkenntnis kam, daß er eigentlich außer dem Vater und der gräflichen Kampfgenossin keinen einzigen Freund habe. Der ihn völlig beherrschende Drang, alle Menschen, die von seinem Geist und seiner faszinierenden Persönlichkeit angezogen, in seine Nähe kamen, sich seinen Zielen, seinen Wünschen und herrischen Gelüsten dienstbar zu machen und sie rücksichtslos beiseite zu stoßen, falls sie sich nicht der

*) Ferdinand Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften, Vierter Band „Lassalles Briefwechsel mit Gräfin Sophie von Hatzfeldt". Herausgegeben von Gustav Mayer, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin, Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin.

Lenin gestorben.

Moskau, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am 21. Januar um 6 Uhr 40 Minuten abends ist in Gorki bei Moskau Lenin verschieden. Das ärztliche Bulletin lautet: Am 21. trat in dem Gesundheitszustande Lenins plötzlich eine schroffe Verschlimmerung ein. Um ½6 Uhr abends wurde die Atmung stockend, der Kranke verlor das Bewußtsein. Es traten allgemeine Krämpfe ein, und um 6 Uhr 40 Minuten verschied Lenin unter Erscheinung der Paralyse des Atmungszentrums.

Im Regierungs-Kommuniqué aus Anlaß des Todes Lenins heißt es: Nichts ließ das nahen tödlichen Ausgang ahnen. In letzten Zeiten hat sich das Befinden Lenins wesentlich gebessert. Alles ließ auf die weitere Besserung hoffen. Vollkommen unerwartet aber erfolgte gestern, den 21. Januar, eine schroffe Verschlimmerung, und wenige Stunden später hat Lenin den Geist aufgegeben. Der in Moskau tagende Allrussische Sowjetkongreß und der in den nächsten Tagen zu eröffnende Kongreß der Sowjetunion werden die notwendigen Entscheidungen treffen, um die weitere ununterbrochene Arbeit der Sowjetregierung zu sichern. Der schwerste Schlag, der die werktätige Masse der Sowjetunion seit der Eroberung der Macht durch die russischen Arbeiter und Bauern traf, erschüttert tief jeden Arbeiter und Bauern nicht nur in unserer Republik, sondern auch in allen Ländern. Die breitesten Massen der Werktätigen der ganzen Welt werden ihren größten Führer beklagen. Er weilt nicht mehr unter uns, aber sein Werk bleibt unerschütterlich. Die den Willen der werktätigen Massen zum Ausdruck bringende Sowjetregierung wird das Werk Lenins fortsetzen und auf dem von ihm gewiesenen Wege weiterschreiten. Die Sowjetmacht steht fest auf ihrem Posten, auf der Wacht der Eroberung der proletarischen Revolution."

Die Leiche, die aus Gorki nach Moskau gebracht wird, wird am Dienstag zur Beerdigung, die am Sonnabend stattfinden soll, im Gewerkschaftshaus aufgebahrt. Der ganzen Bevölkerung wird der Zutritt zur Bahre gestattet werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale veröffentlicht aus Anlaß des Todes von Lenin einen von Sinowjew unterzeichneten Aufruf an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale.

*

Die Nachricht vom Ableben Lenins kommt nicht unerwartet. Seit etwa einem Jahre war er bereits, durch einen Schlaganfall gelähmt, aus dem politischen Leben ausgeschieden. Sein Erbe wurde von einem Dreimänner-Kollegium verwaltet, das in seinem Namen die Diktatur über Rußland weiter ausübte. Er blieb als halbtoter Mann im Hintergrunde, doch seine Autorität wurde immer noch ins Treffen geführt, wenn es galt, die Macht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gegenüber allen oppositionellen Regungen aufrechtzuerhalten. Auch bei der letzten schweren Krise der KPR., die soeben auf der Kommunistischen Parteikonferenz in Moskau notdürftig überbrückt wurde, stützte sich das Zentralkomitee in seinem wütenden Kampf gegen die Opposition auf die Autorität Lenins.

Jetzt ist Lenin endgültig aus dem politischen Leben Rußlands verschwunden. Die ungeheure suggestive Macht, die er, der eiserne Tatmensch, auf die Volksmasse ausübte, ist dahin. Seine Erben werden zweifelsohne versuchen, die ihnen zugefallene Macht festzuhalten. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß ihre Stellung durch den Tod Lenins stark erschüttert ist, zumal erwartet werden kann, daß der innere Kampf der einzelnen Gruppen und Cliquen in der kommunistischen Führerschaft jetzt mit verstärkter Wucht losbrechen wird.

Was die Person Lenins anbetrifft, so kann ihm auch der politische Gegner die Hochachtung nicht versagen, die einem ehrlichen Kämpfer um die Interessen der Arbeiterklasse gezollt werden muß. Das Unglück war, daß Lenin mit dem ganzen Fanatismus seiner ungestümen Natur nur die Wege und Methoden anerkannte, die er und der enge Kreis seiner Schüler als die richtigen betrachtete. Wie Bakunin wollte er das Proletariat von oben her befreien, suchte er, ohne in der Wahl seiner Mittel wählerisch zu sein, die russische und die internationale Arbeiterbewegung mit der Knute vorwärtspeitschen, ohne das Ziel, den Kommunismus, unverzüglich zu erreichen. Die Situation im Herbst 1917 spielte ihm die Macht in Rußland in die Hand, und diese suchte er nun zu benutzen, um nach dem Ausdruck Gorkis „mit dem Auto über den Sumpf hinüberzukommen". Dieses Ziel hat er nicht erreicht. Rußland ist vielmehr trotz Anwendung aller Mittel des blutigen Terrors und der eisernen Diktatur im Sumpf der wirtschaftlichen Rückständigkeit steckengeblieben. Was die von ihm „verdammten Menschewisten" von Anfang an prophezeiten, ist eingetroffen. Nachdem er einige Jahre die wirtschaftlichen und politischen Kräfte Rußlands in utopische Experimente verzettelte, mußte er dem Kapitalismus eine Konzession nach der anderen machen, um sich und seine Partei auch weiter an der Macht zu halten. Für die große Bauernrevolution, die sich in Rußland abspielte, ist er der eiserne Besen gewesen, der den Schutt des Feudalismus beseitigte und die Angriffe der junkerlichen Konterrevolution abwehrte. Für die russische Arbeiterklasse und den Sozialismus jedoch war seine Rolle eine rein negative. Die Tatsache, daß er gewissen proletarischen Schichten in Rußland zur Macht verhalf, ändert nichts daran, daß die Arbeiterklasse als Ganzes unter die Diktatur der kommunistischen Parteibureaukratie und des neu entstehenden Kapitalismus geriet. Die Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern hat keine Veranlassung, Lenin zu danken, der er durch seine Taktik der Spaltung und Desorganisation viel dazu beigetragen hat, die Stellung der proletarischen Parteien im Westen zu schwächen und den Sieg der internationalen Bourgeoisie zu beschleunigen.

Der am Dienstag in Moskau eröffnete Kommunistische Rätekongreß Rußlands wurde durch die Mitteilung vom Tode Lenins, die Kalinin machte, völlig überrascht. Die Sitzung wurde aufgehoben. Für ganz Rußland ist eine Trauer von sechs Tagen angeordnet.

(Siehe auch Seite 2.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401231-15/fragment/page=0001

„Parole Lassalle" fügten, bewirkte, daß er sehr bald ein völliges Vakuum um sich fühlte. Trotz aller Geselligkeit und rauschenden Feste, trotz des Heeres billiger Schmarotzer eine absolute Leere um ihn. In solchen Momenten fühlte er den Wert seiner alten Kampfgefährtin, die glücklich war, wenn sein Name glänzte, die mit ihm jauchzte, wenn man ihn auf den Schild hob. In solchen Momenten empfand er aber — uneingestandenermaßen — auch Reue über seinen Despotismus, über seine Herrschsucht, die den Freundschaftsbund nicht selten bis in die Grundvesten erschütterte. Wir glauben dem Jüngling, der einmal nach einer Aufführung des Schillerschen „Fiesco" ausruft, er würde sich nicht damit begnügen, Genuas erster Bürger zu sein, und wir wundern uns nicht, wenn er einige Jahrzehnte später, am 27. Mai 1857, an Sophie von Hatzfeldt, die seinem Wunsch, nach Berlin zu kommen, nicht sofort folgt, folgendes schreibt: „Wenn Sie dies nicht tun, so würde ich mich nie um irgend etwas mehr, was Sie anlangt, bekümmern. Wenn wir zusammen sind und Sie meine Gründe abwägen können, dann können Sie meinetwegen mir widerstreiten, soviel sie wollen. Aber auf die Entfernung hin und wenn ich so deutlich verlange, wie ich schon leider in meinem letzten Brief mußte, da verlange ich pünktlichen und blinden Gehorsam, sonst ist es mit unserer Freundschaft entschieden aus. Ich mag keine Leute, auf die ich mich nicht verlassen kann. . . . Bis zu Ihrer Herkunft erhalten Sie keinen Brief von mir, auch keine Antwort. Ich habe auch keine Zeit dazu. Am 30., spätestens 31., müßten Sie, wie gesagt, hier sein. Es ist eine Schande, wie Sie diesmal meine Zuverlässigkeit mit so schnöder Unzuverlässigkeit vergelten! Ich bin sehr aufgebracht, und bei der geringsten Schwierigkeit, die Sie etwa machen, oder Nichtbefolgung entschlossen, Sie dem Kultus Ihrer Familiengötter ganz und gar zu überlassen. Parole Lassalle!"

Solche Versuche Lassalles, Sophie von Hatzfeldt zu absoluter Hörigkeit zu degradieren, waren nicht immer ohne Erfolg. Seine faszinierende Persönlichkeit zwang die stolze Frau auch dort auf die Knie, wo die Brutalität der Lassalleschen Mittel nur abstoßend hätte wirken müssen. Einige Tage nach Empfang jenes diktatorischen Drohbriefes schrieb sie ihm: „Wenn Sie darauf à tout prix (um jeden Preis) bestehen, daß ich jetzt komme, werde ich es tun, denn ich habe keine Kraft zu einem Kampf mit Ihnen . . ." Nichtsdestoweniger bäumte sie sich im Innersten getroffen gegen den Despotismus und die Rücksichtslosigkeit desjenigen auf, der innerhalb seines Aktionsradius nur Werkzeuge seines Machtwillens und seiner Ideen-Realisierung dulden konnte. Und voller Verzweiflung schreibt sie ihm am 28. Mai, also unmittelbar nach dem eben mitgeteilten Ausfall des Freundes: „. . . werde ich jetzt wieder von Ihnen auf das schimpflichste ausgezankt wie für die größten Unwürdigkeiten und mir, wie dies jetzt stets der Fall, wenn ich mich nicht wie ein Automat in alle Ihre Ideen sogleich füge, mit Brechen aller Freundschaft und Umgang, mit Verachtung sogar bedroht!! Diese immerwährenden Gemütsbewegungen, in die mich Ihre Heftigkeit, Despotismus und wirkliche Rücksichtslosigkeit versetzen, reiben wirklich meine Kräfte auf und machen mich so melancholisch, daß mir nichts anderes wird übrig bleiben, um allen wahrlich unverdienten Vorwürfen zu entgehen und das bißchen Ruhe, das ich so nötig habe, zu finden, als mich, von allem entfernt, in eine gänzliche Einsamkeit zurückzuziehen, da für mich nirgends mehr ein ruhiger Platz im Leben."

(Fortsetzung folgt.)

Die Münchener Justiz flieht vor den Hitlerschen Sturmabteilungen.

München, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem der Gerichtsvorsitzende im Hitler-Ludendorff-Prozeß, der Oberlandesgerichtsrat Neidhardt, sich in der vorigen Woche in der ehemaligen Festung Landsberg, in der die Putschisten seit ihrer Verhaftung untergebracht sind, nach geeigneten Räumlichkeiten für die Verhandlung umgesehen hat, haben nunmehr die zuständigen Stellen im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Justiz den Beschluß gefaßt, den Prozeß in Landsberg durchzuführen. Die Bedenken wegen der verhandlungstechnischen Schwierigkeiten mußten zurücktreten vor den politischen Erwägungen, die nahelegten, daß man der eben jetzt in München wiederauflebenden Hitler-Bewegung nicht auch noch von Staats wegen einen derart mächtigen Impuls verschaffen darf, wie es der Prozeß in den Mauern Münchens zweifellos sein würde. Auch die Sicherung der Angeklagten und des Gerichts scheint unter Zuhilfenahme besonderer Maßnahmen in der Festung Landsberg doch erheblich besser garantiert zu sein als in München, wo sich eine Kontrolle und Ueberwachung der sich zweifellos anhäufenden Hitlerischen Sturmabteilungen viel schwerer durchführen läßt als in dem rund 6000 Einwohner zählenden Landstädtchen. Landsberg liegt etwa 60 Kilometer westlich von München, etwas nördlich von der Bahnlinie nach Lindau.

Das Kabinett Mac Donald.

London, 22. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Ereignisse haben sich heute sehr schnell und programmgemäß entwickelt. Um 10½ Uhr vormittags hielt das Kabinett Baldwin seine letzte Sitzung ab und beschloß seinen Rücktritt. Kurz vor 12 Uhr verließ Baldwin das Regierungsgebäude und begab sich zum königlichen Palast, wo er dem König seine Demission überreichte, die sofort angenommen wurde. In der Zwischenzeit war der Vorstand der Arbeiterfraktion in seinem Beratungszimmer im Unterhause versammelt, als die Nachricht eintraf, daß der König Macdonald zu sprechen wünsche. Macdonald fuhr sofort mit seinen drei hauptsächlichen Mitarbeitern Arthur Henderson, Clynes und J. H. Thomas zum König, der ihn mit der Regierungsbildung beauftragte. Macdonald nahm diesen Antrag an, leistete dem König den Treueid und verblieb nahezu eine Stunde mit ihm im Gespräch. Als er den Palast verließ, wurde er von einer großen Menge von Anhängern der Arbeiterpartei stürmisch begrüßt.

Um 4½ Uhr nachmittags begab sich Macdonald wieder zum König. Er leistete den vorschriftsmäßigen Loyalitätshandkuß und legte ihm die Ministerliste zur Genehmigung vor. Das Ministerium ist bereits nahezu vollständig gebildet; die endgültige amtliche Ministerliste dürfte spätestens am Donnerstag bekanntgegeben werden. Es wird versichert, daß Macdonald das Ministerium des Aeußeren selbst zu übernehmen entschlossen ist. Unter den als sicher geltenden Mitgliedern seines Kabinetts werden genannt: Philip Snowden, ein ehemaliger kleiner Beamter, als Schatzkanzler (bisher Chamberlain), der frühere Kriegsminister in der liberalen Regierung Asquith Lord Haldane, von Beruf Jurist, als Lordkanzler (bisher Lord Cave), Lordpräsident des geheimen Rates und Führer des Oberhauses Lord Parmoor, der ebenfalls von Beruf Jurist ist und schon seit Jahren in der Friedensbewegung eine sehr rührige Rolle spielt (bisher Lord Salisbury). Der einstige Textilarbeiter J. R. Clynes wird Lordgeheimsiegelbewahrer und Leiter des Unterhauses. Zum Staatssekretär für die Kolonien ist der frühere Eisenbahner J. H. Thomas ausersehen, während der frühere Gießereiarbeiter Arthur Henderson das Ministerium des Innern übernehmen dürfte. Als Staatssekretär für Indien kommt Sir Sydney Olivier, ein Berufsbeamter, in Frage. Kriegsminister soll der Generalmajor Thompson werden, der schon seit einigen Jahren in der Arbeiterpartei tätig ist und im vergangenen Frühjahr in seiner Eigenschaft als Arbeiterabgeordneter mit den Genossen Tom Shaw und C. R. Buxton von der Partei offiziell ins Ruhrgebiet entsandt wurde, um über die dortige Lage zu berichten. C. P. Trevelyan, der ehemalige Unterstaatssekretär für das Unterrichtswesen in der Regierung Asquiths, der am 4. August 1914 aus Protest gegen den Eintritt Englands in den Krieg zusammen mit Lord Morley und John Burns sein Amt demonstrativ niederlegte und noch während des Kriegs Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei wurde, dürfte Unterrichtsminister werden. Er ist von Beruf Schriftsetzer. Postminister soll der ehemalige Postbeamte Ammon werden, der von der Arbeiterpartei zum Einigungsparteitag von Nürnberg im September 1922 delegiert wurde und dort eine Begrüßungsansprache hielt.

•

Ausgehend von einem Vergleich zwischen dem liberalen Bürgertum Deutschlands und Englands schreibt Genosse Dr. Rudolf Breitscheid in einem vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst verbreiteten Artikel das Folgende:

„Natürlich sind es letzten Endes nicht ausschließlich der Edelmut und das Festhalten an den in der Tradition verankerten verfassungsmäßigen Grundsätzen gewesen, die Asquith und seine Freunde zur Ablehnung der Koalition mit den Konservativen bestimmt haben. Sie mußten sich sagen, daß die Verhinderung einer Arbeiterregierung durch ihre Schuld der Labour Party agitatorisch und organisatorisch zu großem Vorteil gereichen und den Liberalen selbst beträchtlichen Schaden zufügen würde. Sie waren und sind sich außerdem darüber klar, daß die neue Regierung, die von sich aus nur über eine Minderheit im Parlament verfügt, auf ihre Loyalität angewiesen ist, und daß sie infolgedessen, obwohl keine Koalition besteht, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Politik des Kabinetts Macdonald ausüben können. Das muß zur Beurteilung des Wesens der englischen Arbeiterregierung im Auge behalten werden: sie besetzt alle Posten ausschließlich mit ihren Anhängern, aber sie ist nur so lange lebensfähig, als sie die Unterstützung der Liberalen hat, denn es gibt in ihren Reihen keinen auch nur halbwegs ernstzunehmenden Politiker, der mit dem Gedanken einer Diktatur spielte und von den Linien der parlamentarischen Demokratie abweichen sollte. In dieser Abhängigkeit liegt zweifellos eine gewisse Schwäche für unsere Freunde. Sie werden nur sehr langsam und schrittweise vorgehen können, sie werden ihre eigentlich sozialistischen Ziele, ohne sie grundsätzlich zu verleugnen, zurückstellen müssen und sich einstweilen auf die Durchführung bestimmter, auch von den Liberalen als mehr oder weniger berechtigt anerkannter Forderungen zu beschränken haben. Aber schließlich liegt das ja auch im politischen Charakter des englischen Volkes, das, für Theorien weniger empfänglich, seine Arbeit auf die Lösung jeweiliger Tagesprobleme konzentriert, und dazu kommt, deß der bessere Teil des englischen Liberalismus vorurteilslos genug ist, um notwendige Umstellungen und Reformen vorzunehmen. Nicht als ob es ihm am bürgerlichen Klasseninteresse fehlte, aber er pflegt im allgemeinen weniger kurzsichtig und weniger engherzig zu sein, als die ihm dem Namen nach entsprechenden Parteien auf dem Festlande."

Bezugnehmend auf die Politik in der Wilhelmstraße schreibt Breitscheid, daß die Regierung Marx im Zeichen kluger Einsicht handeln würde, wenn sie sich entschließen könnte, bei der Besetzung der Posten in der deutschen Botschaft zu London der Grundeinstellung Macdonalds Rechnung zu tragen und die erforderlichen Verhandlungen in die Hand von Leuten zu legen, die einer Arbeiterregierung nicht mit mehr oder weniger kühlem Interesse, sondern mit wirklichem Verständnis gegenüberstehen. Aber diese Erwartung wird sich wohl kaum verwirklichen in einer Zeit, in der auch im deutschen Auswärtigen Amt der Kurs offensichtlich immer mehr nach rechts gelegt wird.

Blätterstimmen über Lenin.

Die demokratische Berliner Morgenpresse von heute früh bringt bereits ausführliche kritische Artikel über die Bedeutung Lenins und die möglichen Folgen seines Ablebens. So schreibt Hans Vorst im „Berliner Tageblatt":

„In eine furchtbare Tragödie hat Lenin das russische Volk hineingeführt, und er selbst ist in gewissem Sinne eine tragische Figur. Eine tragische Schuld hat er auf sich geladen, als er sich von dem Strom der Ereignisse zu dem Versuch verleiten ließ, in Rußland die soziale Revolution durchzuführen, obgleich er selbst vorher gelehrt und bewiesen hatte, daß das agrarische Rußland mit seiner unentwickelten Industrie keinesfalls dafür reif sei. Er wollte das von ihm selbst als unmöglich Erkannte doch versuchen, weil er hoffte, durch dieses Beispiel die westlichen Länder, die er für reif hielt, mitzureißen. Diese Schuld mußte er durch das tragische Schicksal büßen, daß er, dessen ganze Lebensarbeit dem internationalen Proletariat geweiht gewesen war, es noch mit ansehen mußte, ehe er die Augen schloß, daß dieses Proletariat sich nach anfänglicher enthusiastischer Aufwallung von ihm abwandte und mit großer Mehrheit seine Theorien und sein Beispiel als für die internationale Arbeiterbewegung schädlich verwarf, verurteilte und bekämpfte."

In der „Vossischen Zeitung" schreibt Dr. Erwin Honig nach einem kritischen Ueberblick über die Leistung Lenins:

„Den Uebergang zur neuen ökonomischen Politik (N. E. P.) arbeitete im wesentlichen Krassin aus, und im jetzigen kritischen Stadium, wo die neue Wirtschaftspolitik auf der ganzen Linie versagt, wo sich auch das Schlagwort der Smytschka, des Zusammenschlusses zwischen Arbeitern und Bauern, immer stärker als undurchführbar erweist, hat der alte Führer gänzlich gefehlt. Das Erbe, das er hinterläßt, ist schwer umstritten. Die stärkste Persönlichkeit des russischen Bolschewismus neben Lenin, Trotzki, erscheint augenblicklich ausgeschaltet, ohne daß das Dunkel, das um diese Vorgänge schwebt, erhellt werden könnte. Man hat den beiden Dioskuren des Bolschewismus oft genug das Schicksal Dantons und Robespierres geweissagt. Es scheint aber mehr, daß beide von tückischen Krankheiten weggerafft werden sollten. Unter den anderen Sowjetleuten ist keine Persönlichkeit, die sich Trotzki, geschweige denn Lenin an die Seite stellen könnte. Aller Voraussicht nach wird sich ein Kampf um die Macht anheben, den man vorläufig nur in den Umrissen der Gruppenbildung innerhalb der Kommunistischen Partei erkennen kann."

Der sächsische Parteikonflikt.

Dresden, 22. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Landesinstanzen der sächsischen Sozialdemokratie befaßten sich in den letzten Tagen erneut mit der Haltung der Fraktionsmehrheit zu dem Ergebnis des jüngsten Parteitags. Bekanntlich lehnt die Fraktionsmehrheit es ab, das Kabinett Feldt zum Rücktritt zu zwingen und sich für Neuwahlen zu entscheiden. Im Verlauf der Beratungen der Landesinstanzen traten zwei Mitglieder für die Zurückverweisung der strittigen Fragen an die Bezirksorganisation ein. Dagegen erachtete die Mehrheit den Willen der Fraktionsmehrheit als völlig geklärt und vertrat die Auffassung, daß ein Beschluß des Parteitags durch Beschlüsse in den Bezirken nicht geändert werden könne. Zunächst fand folgende Entschließung Annahme:

„Der Fraktion ist nochmals dringend als Beschluß der Landesinstanzen nahezulegen, den Antrag auf sofortige Landtagsauflösung zu unterstützen."

Mit 22 gegen 4 Stimmen wurde ferner folgender Beschluß gefaßt:

„Tritt die Fraktionsmehrheit nicht auf diese Brücke der Verständigung, dann ist die Fraktionsminderheit verpflichtet, den Willen des Parteitags und die von ihm gewollte Politik im Landtage selbständig zu vertreten."

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist zum 30. Januar, 10 Uhr vormittags, einberufen worden.

Die fränkische Lene.

Ein soziales Zeit- und Lebensbild

7] Von Paul Sachse.

Als der Hans eines Tages mit dem beladenen Schubkarren dem Dorfe zustrebte, begegnete ihm unterwegs ein Mann, dessen Aussehen Hans fremd war. Die Sprache und sein Aeußeres ließen darauf schließen, daß er nicht aus dieser Gegend stammte.

„Schön guten Tag!" redete dieser den Buchauer Hans an. „Sind Sie nicht der Hansl aus dem Dorf?"

„Sell, der bin i g'wiß!" antwortete ihm Hans. „Woas hat's für vane B'wandtnis mit dem?"

„Das ist ja schön, daß ich Sie treffe. Ich hätte einen schönen Auftrag für Sie. Wollen Sie mir einen Gefallen tun?"

„Dös könnt' i schon, wenn's koane Umständ' macht!"

„Nun," fuhr der Fremde fort, sich hierbei die Hände reibend, „Sie wissen doch im Walde gut Bescheid?"

Der Hans, dem die Rede etwas sonderbar erschien, sah den Sprecher fragend an, indem er sprach: „Na, dös will i moanen! Wie moane Westentasch'! Natürlich Goldfüchs' werd'n koane z' finden sein. Wenn's aber erlaubt ist, z' fragen, woas hat dös mit dem Wald z' tun?"

„Nun, es ist eigentlich nicht groß von Bedeutung. Ich dachte nur, ob Sie mir nicht einen Tannenbaum für das Weihnachtsfest besorgen wollen. Mit unsereinem ist es so eine eigene Sache. Man hat nicht die richtige Schneid zu einem Gang in den Wald. Aber, wenn Sie mir ein Bäumchen besorgen wollen — auf ein anständiges Trinkgeld soll es mir nicht ankommen, wenn Sie mir einen bringen."

Der Hans, dem die zuletzt gesprochenen Worte merkwürdig nahegingen, besann sich nicht sehr lange. Gewohnheitsmäßig ließ er nie eine Gelegenheit vorübergehen, die ihm etwas einbrachte. Er zeigte sich der Situation gewachsen, indem er unbedenklich seine Zustimmung gab.

„Na, dös könn'n m'r halt schon besorgen. Dös ist doch koa Kunststück net! Z' wann soll's denn sein?"

„Nun, das ist mir gleich. Aber zum Heiligabend möcht' ich den Baum schon haben. Aber einen recht schönen!"

„Dös lassen S' nur moan' Sorg' sein — i werd's schon recht machen!"

Der Fremde schüttelte dem Hans zum Einverständnis die Hand und verabschiedete sich mit kurzem Gruß, nachdem er ihm den Ort der Ablieferung mitgeteilt hatte. Weit ausschreitend trollte er sich hierauf von dannen.

Kopfschüttelnd blickte ihm der Hans nach; dann brummte er für sich einige Worte der Kritik.

„s' gibt doch närrische Leut'! Net amol soviel Courag' hab'n sie, sich a Bäumle abzug'winn'! Na, mir soll's schon recht sein!" —

Der Hans hielt Wort. Am nächsten Tage schon sah man ihn nach dem Walde zu stapfen, um das versprochene Christbäumchen zu holen. Und einen recht schönen wollte er schon aussuchen, das sollte gewiß sein. Er traute sich den richtigen Geschmack dafür schon zu, welche Eigenschaften der Baum besitzen mußte, um einem Weihnachtstisch alle Ehre zu machen.

„So, dös wird schon der richtige sein, der wird ihm schon g'falle!" Mit diesen Worten blieb er vor einer schöngewachsenen Tanne stehen, langte eine kleine Säge hervor, einige kurze Schnitte damit — und der Baum lag zu seinen Füßen.

Doch mit des Geschickes Mächten . . .! Der Hans ahnte nicht, daß ihm des Schicksals Tücke bereits im Nacken saß, noch ehe er die Säge angesetzt hatte.

„Wem wird der g'falle?!" Mit diesen Worten stand, wie aus dem Boden gestampft, ein Forstaufseher der Königlich Bayerischen Revierverwaltung neben ihm, welcher ihn am Arme packte.

Wie aus den Wolken gefallen stand der Hans da. Ganz erschrocken ließ er die Säge fallen und war zunächst vor Ueberraschung nicht fähig, auch nur ein Wort hervorzubringen.

„Weiß er denn net, daß er sich da des Forstdiebstahls schuldig gemacht hat?" fuhr ihn weiter die rauhe Stimme an. „Im Namen des Gesetzes, komm er mal mit!"

Der Hans, der den Baum in die Hand nehmen mußte, wurde nun von dem Beamten in das Dorf nach dem Bezirksamt geführt. Da er die ihm auferlegte Geldstrafe nicht zahlen konnte, so hatte der Buchauer Hans eine Woche später Zeit, drei Tage lang philosophische Betrachtungen über die bestehende Weltordnung anzustellen.

„Wann a sang'ger Mensch von den vielen Tausenden stirbt, da geht d' Welt net z' grunde. Wann a oans'ger Baum von den vielen Tausenden fehlt — ging da der Boahrische Staat z'grunde? 's ist doch a närrische Einrichtung auf dieser Welt!"

Mit dieser Schlußfolgerung mußte er sich in seiner Einsamkeit schließlich abfinden.

•

Der Buchauer Hans überwandt die drei Tage Staatspension ohne weitere Schwierigkeiten. Jedoch über die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren Widersprüchen schien er sich noch nicht einig zu sein. Es war am vierten Tag früh, als er das Gemeindehaus verließ. Er saß den ganzen Vormittag über im Wirtshaus als dem Ort, der ihm am geeignetsten zu weiteren Betrachtungen schien. Gegen Mittag entschloß er sich endlich, heimzukehren. — —

Inzwischen schaltete und waltete die Kathl als Hausfrau in ihrer Behausung. Auf der Ofenbank stand eine große irdene Schüssel, gefüllt mit dampfenden Knödeln. Die Kathl hantierte noch am Ofen herum, um die letzten Knödel aus dem großen Bottich zu fischen und damit die Herstellung der Mahlzeit zu beenden.

Die vier Kinder konnten es sich nicht versagen, sich nacheinander an die Schüssel heranzudrängen, um sich schon durch den Anblick an dem „lukullischen" Mahl zu ergötzen. Die glänzenden Augen verrieten die innere Genugtuung, die ihnen der Inhalt der Schüssel gewähren mochte. Mit Ungeduld harrten sie des Zeitpunkts, diese Leibspeise vertilgen zu können.

Die Kathl beschäftigten indessen ganz andere Gedanken. Gewitterschwül sah es in ihrem Innern aus. Sie hatte keine Andacht, an der Freude der Kinder teilzunehmen. Einige unverständliche Schimpfworte, die sie am Herd vernehmen ließ, vermischten sich mit dem aufsteigenden Brodel, der zischend aus dem Ofen hervorschoß. Grollend war der Klang der Stimme. Sie schien wieder einmal recht unzufrieden zu sein.

„'s ist doch heut' schon der vierte Tag!" murmelte sie, wobei sie an den Fingern zählte, „— der vierte Tag!" wiederholte sie. „Sollt' am End' — doch dös kann a net sein — die Behörd' hat schon ihre richtige Zeiteinteilung. Da hab'n aber die Mannsleut' —"

„Grüß di Gott, Kathl!" wurde sie plötzlich in ihrem Selbstgespräch unterbrochen. Es war der Hans, der plötzlich in der Tür stand und sie durch diesen Gruß aus ihren Gedanken emporschreckte.

„Grüß Gott, Kathl!" tönte es ihr in singendem Ton abermals entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401231-15/fragment/page=0002

Sozialdemokratie und Dresdener Theaterskandal.

Dresden, 22. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die von rechtsstehenden Organisationen planmäßig vorbereiteten Skandalszenen bei der Aufführung von Tollers „Hinkemann" wird auch den Landtag beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion hat angefragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um künftig das Auftreten fascistischer Banden im Theater unmöglich zu machen. Eine ähnliche Anfrage haben die Demokraten gestellt. Die Deutschnationalen dagegen fordern von der Regierung ein Verbot des Stückes und die Abberufung des Direktors der Dresdener Bühne, Paul Wiecke. Gegen diesen Antrag und die Angriffe, die von rechtsbürgerlicher Seite gegen Wiecke gerichtet worden, haben sämtliche Mitglieder des Dresdener Schauspielhauses eine Erklärung unterschrieben und veröffentlicht, in der sie einmütig ihre tiefe Entrüstung über die gegen Paul Wiecke gerichteten Angriffe zum Ausdruck bringen und feststellen, daß sie sich mit ihrem Führer und Kameraden fest verbunden fühlen.

Die Donnerstag-Vorstellung von „Hinkemann", bei der Plätze nur nach persönlicher Eingeichnung in eine Liste zu erhalten waren, ist bereits ausverkauft.

Klöckner und seine Gesellen.

Bochum, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Klöckner-Werke in Hasselt haben ihre noch arbeitende Belegschaft von rund 3500 Mann ausgesperrt. Die Erbitterung ist ungemein groß. Provokateure und Spitzel machen sich bemerkbar. In Flugblättern und Plakaten heißt es u. a.: „Schlagt die Kapitalistenbrut nieder, verprügelt die Werkdirektoren, sucht sie in ihren Villen auf! Holt Euch die Schinken und Würste aus den Speisekammern! Schlagen die Polizeibeamten, schlagt zweimal wieder! Seid zu allem bereit, handelt!" Unterzeichnet sind die Flugblätter: „Die Exekutive der roten Gesellen." Selbst die Kommunisten und Syndikalisten rücken von diesem Machwerk ab. Der Metallarbeiterverband warnt vor Unbesonnenheiten und ruft die Streikenden und Ausgesperrten auf, den Spitzeln und Provokateuren nicht zu folgen.

Im Bergbau haben sich die Arbeitsverhältnisse in den letzten zwei Tagen weiterhin verschlechtert. Die Zahl der Feierschichten nimmt zu. Es gibt im ganzen Industrierevier fast keine Zeche mehr, die durchgehend arbeitet. Die Werkbesitzer begründen das Einlegen von Feierschichten mit dem geradezu katastrophal wirkenden Wagenmangel. Nachdem die Rhein-Stahl-Werke ihre Schächte zu Feierschichten veranlaßt haben, ist jetzt auch der Mannesmann-Konzern dazu übergegangen, weitere Feierschichten einzulegen. Sämtliche Schächte der Zeche „Consolidation" liegen wegen Wagenmangels still. Eine weitere Erschwerung der Verkehrslage dürfte durch das Scheitern der Verhandlungen, die zwischen der Regie und der englischen Besatzungsbehörde stattgefunden haben, eintreten.

Ludendorff haßt Bayern.

München, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In der Propaganda für Ludendorff, die einen neuen Aufschwung zu nehmen scheint, spielt eine soeben unter dem Titel „Ludendorff in Bayern" erschienene Broschüre eine besondere Rolle. Ihr Verfasser bleibt anonym, doch ergaben sich aus dem Inhalt genügend Anhaltspunkte dafür, daß es sich um eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Ludendorffs handelt. Von besonderem Reiz sind folgende Sätze, die sowohl den Menschen als den Politiker Ludendorff charakterisieren: „Nicht als ob ihm dieses Land am Herzen läge. Er steht seinen Bergen und seinen Seen, Forsten und Almen gegenüber kühl und mit überlegener Distanz, und die deutlich fühlbare katholische Atmosphäre war ihm mehr als befremdlich. Doch offen gestanden, er haßte dieses Land fast wie jenes Schweden, das ihn auch flüchtig, klein, verlassen und elend gesehen hatte. Das vergaß er beiden Ländern nie. . . . Laßt die Spießer und die Bierphilister bei ihren harmlosen Krieger- und Regimentsfeiern die Fahnen schwenken und beim schäumenden Maßkrug die Wacht am Rhein singen. Laßt sie holdselig erröten, wenn ein Wittelsbacher Prinz ihnen auf die Schultern klopft. Zum Kuckuck mit allen Wittelsbacher Prinzen, solange noch ein Hohenzoller in Doorn oder in Wieringen verkommen muß. Laßt diese Leute bei ihren staatlich genehmigten militaristischen Spielen sich wichtig machen. Er (also Ludendorff) braucht anderes Holz. Er braucht die jungen, die revolutionären, die Rebellen mit hungrigem Herzen, er braucht die Nationalaktiven."

Der derbe Fußtritt, den Bayern hier erhält, ist vielleicht nicht ungeeignet, die politische Ernüchterung in Bayern weiter zu fördern. Im übrigen sind sich beide, Ludendorff und die weißblauen Nationalisten, einander durchaus ebenbürtig, weil jede den anderen für seine egoistischen Zwecke zu mißbrauchen hoffte.

Ein General ohne Aufsicht.

Der in Thüringen herrschende Generalleutnant Hasse hat unser Apoldaer Parteiblatt auf vier Tage verboten. Ueber die „Begründung" dieses Verbots lohnt es sich nicht, etwas zu sagen. Gewohntes Kaliber! Derselbe Herr Hasse hat am 18. Januar in Weimar eine Rede gehalten, in der er auch folgende zwei Sätze formulierte: „Zweimal sind unsere Väter nach Versailles gegangen, einmal Männer unserer Zeit. Unsere Väter schmiedeten dort das einige Deutsche Reich. Die Männer von heute gaben ihre Unterschrift unter den Schandfrieden."

Welche Stelle sorgt dafür, daß besagtem Herrn Hasse derartige Unverschämtheiten gegen Staatsmänner untersagt werden, die die schwere Pflicht auf sich nahmen, die Konkursmasse des preußischen Junkertums und des deutschen Militarismus zu liquidieren?

Gegen die Goldmieten.

München, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Mieterschutzverband München hatte am Sonntag eine Kundgebung gegen die geplante Einführung der Goldmiete in den Zirkus Krone einberufen. Am Schluß d Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Reichsregierung fordert unter Beseitigung des Reichsmietengesetzes die Goldmiete zugunsten des Hausbesitzes und der allgemeinen Staatsfinanzen. Dagegen ruft die Mieterschaft Münchens die bayerischen Mieter zum Volksbegehren und Volksentscheid auf. Solange Hypotheken nicht voll verzinst und zurückbezahlt werden, kann es keine Goldmiete, sondern nur eine den Hauslasten entsprechende gesetzliche Miete geben. Wirtschaftlich kann eine Goldmiete erst getragen werden, wenn sich die übrige Lebenshaltung verbilligt und mindestens das frühere Goldeinkommen wieder erarbeitet werden kann."

Rentenbank und Besatzungskosten.

Berlin, 23. Januar. (WTB.)

Der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrates der deutschen Rentenbank haben gestern dem Reichsfinanzminister und dem Reichsaußenminister erklärt, die jetzt eingetretene Stabilisierung der deutschen Währung werde nicht aufrechterhalten werden können, wenn die Besatzungskosten für das besetzte Gebiet weiterhin bezahlt würden, da nach den Aufstellungen des Reichsfinanzministers das Gleichgewicht im Reichshaushaltsplan für 1924 nur dadurch ermöglicht worden sei, daß die Ausgaben auf das kaum Erträgliche beschnitten und die Einnahmen in einer Höhe angenommen worden seien, daß man eben noch mit ihrem Eingang rechnen könnte. Aus Anleihen oder bereiten Mitteln könnten aber die durch Weiterzahlung der Besatzungskosten entstehenden Beträge zurzeit nicht gedeckt werden. Es werde daher nur die Neuschaffung von ungedeckten Zahlungsmitteln übrig bleiben und eine neue Inflation entstehen. Den Vertretern der Rentenbank wurde zugesagt, daß die Angelegenheit weiter verfolgt und dem Kabinett unterbreitet werden würde.

Da die Forderung der Rentenbank von eminent politischer Bedeutung ist, werden wir morgen darauf eingehend zurückkommen.

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstags lehnte es in seiner Dienstag-Sitzung ab, die vom Oberreichsanwalt beantragte Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Frölich, Koenen, Remmele und Frau Zetkin wegen Hochverrats zu erteilen.

Der Beginn des Prozesses gegen Hitler und die übrigen führenden Putschisten des 8. November ist auf den 18. Februar festgesetzt.

Lakonischer Bericht. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts erstattete, wie die Blätter melden, Reichsfinanzminister Luther Bericht über die geplante dritte Steuernotverordnung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratungen werden fortgesetzt. Weiter berichtete der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Hoesch, über seine Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten.

Wirtschaftspolitik.

Der internationale Devisen-Markt.

Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hielt sich am Dienstag dem Umfange nach in den gestrigen Grenzen. Nur in Kabel Neuyork war der Bedarf größer, und zwar etwa 10 bis 15 Prozent. Das hängt damit zusammen, daß Kabel Neuyork einmal in sich festliegt und außerdem die übrigen Valuten fast ausschließlich flau gegen den Dollar liegen (Kabel gegen London etwa 4,20¼ bis 4,21). Der französische Franken hat sich gegen gestern etwas stabilisiert. London gegen Paris stellte sich hier an der Börse auf 93½ bis 94. Kabel gegen Paris per Kasse 22,30, per Ultimo März 22⅞, per Ultimo April 23,10. Von den nordischen Devisen liegt besonders Kopenhagen sehr schwach mit 26,30, auch Stockholm, das sonst gegen Kabel Neuyork immer die Parität gewahrt hatte, gibt international etwas nach. Die Mark zeigt im Auslande kaum nennenswerte Veränderungen. Aus Amsterdam wird ein Kurs von 62¾ Cent pro Billion, aus Zürich von 1,35 gemeldet. Aus London liegt ein Kurs von 18 Billionen vor.

Die Kursfeststellung erfolgte auf Basis von 7,9 Billionen für London und 4,2 Billionen für Kabel Neuyork. Im allgemeinen wickelte sich das Geschäft während der amtlichen Notierungen, die überwiegend eher etwas schwächer waren, in ruhigen Formen ab. London und Holland wurden auch heute unverändert mit 15, Kabel Neuyork mit 10 Prozent repartiert.

Am Notenmarkt war die Nachfrage nach Dollarnoten ebenfalls stärker, so daß eine Repartierung von 1 Prozent erfolgen mußte. Auch auf italienische Lire wurden nur 2 Prozent zugeteilt. Der französische Franken wurde wie die Devise ebenfalls im Kurse heraufgesetzt.

Markbewegung in der gestrigen Neuyorker Schlußbörse 23 bis 23½ Cents, in der Nachbörse 23¼ bis 23½ Cents. Dollarparität 4,25 Billionen.

Reichsbankausweis.

Tilgung der Schatzanweisungsschuld. – Erhöhung des Notenumlaufs.

Der Reichsbankausweis vom 22. Dezember 1923 weist die gänzliche Tilgung der Schatzanweisungsschuld nach. Sie betrug am 15. Dezember noch 21,87 Trillionen. Aus dem unverzinslichen Kredit des Reiches bei der Rentenbank ließen sich im Umtausch gegen Papiermark weitere 21,9 Millionen Rentenmark im Verkehr absetzen, deren Umtauscherlös zur Deckung des Restbestandes auf Schatzanweisungskonto Verwendung fand. Der Notenumlauf erfuhr abermals eine Erhöhung, und zwar um 60,4 Trillionen auf 474,6 Trillionen. Die Veränderung des Notenumlaufs in Millionen Goldmark (eine Goldmark = eine Billion Papiermark) ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

23. November	30. November	7. Dezember	15. Dezember	22. Dezember
+ 131	+ 175	— 102	+ 247	+ 58,5

Der Kommentar erklärt die Vermehrung durch Ankauf von Devisen, Umtausch von Papiermark gegen Rentenmark und den stärkeren Verkehrsbedarf vor Weihnachten. Die Industriekredite zeigen abermals eine starke Zunahme. Die Ausleihung in Papiermark im Lombardgeschäft (hauptsächlich auf lombardierte Wechsel) wuchsen um 48,7 auf 123 Trillionen Mark, im Rentenmarkgeschäft um 64,3 auf 79 Millionen Rentenmark. Die gesamte Kapitalsanlage stieg um 27,2 auf 195,2 Millionen Rentenmark. Der Goldbestand blieb unverändert.

Besteuerung der Entwertungsgewinne.

Die Regierung, die bekanntlich eine Aufwertung der öffentlichen Schulden aus Mangel an Mitteln ablehnt, will in der dritten Steuernotverordnung das Aufwertungsproblem durch eine Besteuerung der sogenannten Entwertungsgewinne lösen. Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung sieht u. a. bis zu einem gewissen Grade die Besteuerung von Gewinnen vor, die sich aus der Entwertung von Hypotheken und Obligationen ergeben haben. Weiter kommt eine Erfassung jener Gewinne in Frage, die durch staatliche Holzverkäufe und Emissionen von Notgeld der Industrie usw. Privaten zugeflossen sind. Die Eingänge aus dieser Steuer sollen den Ländern, Gemeinden usw. zugute kommen. Der Entwurf will ihre Finanzkraft weiter stärken, indem er ihnen die Körperschafts- und Fahrzeugsteuer und ½ Prozent der Umsatzsteuer überläßt. Durch dieses Opfer soll das Reich von der Verpflichtung, Besoldungszuschüsse zu leisten, befreit werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften.

In der Sitzung des Bundesausschusses des ADGB., die vergangene Woche stattfand, wurde nach einem Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage ohne Debatte folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die zurückliegenden Monate brachten die gewerkschaftlichen Organisationen in schwere Bedrängnis. Außenpolitische Einwirkungen, eine verfehlte Wirtschaftsführung im Innern im Verein mit einer beispiellosen Geldverschlechterung ließen die Zahlen der Kurzarbeiter und gänzlich Erwerbslosen über alles Maß anschwellen, verbreiteten Not und Elend selbst in den Reihen der noch Beschäftigten und verwässerten die finanziellen Mittel der Gewerkschaften in einem sie fast lähmenden Umfang.

Das Unternehmertum nützt diesen Notstand bedenkenlos aus. Unter dem Schlagwort „Steigerung der Produktion" wird die Arbeitszeit verlängert, werden die Löhne abgebaut, mehren sich die Bestrebungen, von weitreichenden Tarifverträgen zu sogenannten Werksgemeinschaften (Betriebstarifen), ja sogar zum individuellen Arbeitsvertrag überzugehen, leisten sogar staatliche Sanierungsstellen den Arbeitgebern hierbei hilfreiche Hand. Der Arbeiter soll in sein früheres Hörigkeitsverhältnis zurückgezwungen werden. So wenig phrasenhafte Wortathletik diese Dinge zu meistern vermag, so falsch wäre es, in ergebenem Dulden die Hände in den Schoß zu legen. Die Arbeiterschaft hat schon manche Krise überdauert, um sich kräftiger wieder zu erheben, sie wird auch diese überwinden, um so schneller und nachhaltiger, je eher sie ihrer Kraft wieder bewußt wird und sie zweckmäßig anwendet. Der Tiefstand scheint bereits überwunden; in einigen Industrien steigt der Beschäftigungsgrad und führt den Verbänden neue Mitglieder zu, weckt zudem auch die Anteilnahme derer wieder, die wankelmütig den Einflüsterungen falscher Freunde ihr Ohr liehen und die Mitgliedschaft aufgaben.

Die Gewerkschaften sind von jeher und grundsätzlich für volle politische Freiheit eingetreten, sie müssen daher schon deshalb die Aufhebung des Ausnahmezustandes fordern, ganz abgesehen davon, daß der Ausnahmezustand sie auch in ihrer wirtschaftlichen Betätigung erheblich einschränkt.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der frühesten Lebensäußerungen der deutschen Gewerkschaften; sie werden in diesem Bestreben fortfahren trotz Arbeitszeitverordnung und Ermächtigungsgesetz, bis zur restlosen Wiederherstellung des Achtstundentages.

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist um so weniger haltbar, als sie auch auf die Industrien und Gewerbe ausgedehnt wurde, wo alle Voraussetzungen hierfür fehlen, wo namentlich zahllose Hände feiern müssen. Trotz Friedensvertrag und innen- und außenpolitischer Widerstände gilt möglichst umfassende Unterbringung der Arbeitslosen, sei es auch unter entsprechender Umschichtung, als unabweisbare Pflicht.

Steigerung der Produktion auf Kosten der Arbeitszeit und der Löhne hat sich noch immer auf die Dauer als unrentabel erwiesen. Der Kampf um die Erhöhung der Löhne ist mit neuer Kraft fortzuführen, da die heutigen Löhne weit, zum Teil bis zur Hälfte hinter den Friedenslöhnen zurückbleiben. Aber auch die Hinaufführung der Löhne bis zum Friedensstand und darüber hinaus würde keine fühlbare Erleichterung für die Arbeitnehmer bedeuten, wenn nicht gleichzeitig die Preise abgebaut werden. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die Preise in Deutschland heute vielfach über den Weltmarktpreisen stehen, obschon fast ausnahmslos der Anteil des Lohnes am Preise um ein Vielfaches gesunken ist.

Die Rechte des Arbeiters im Betrieb sind in ernster Gefahr, nicht minder das Koalitionsrecht bzw. dessen ungeschmälerte Anwendung für Arbeiter in öffentlichen Betrieben. Die Fortführung, ja selbst Aufrechterhaltung der Sozialgesetzgebung ist bedroht, angeblich wegen Mangel an Mitteln des Staates, obschon dessen Steuerpolitik erfolgsicher wäre, legte sie den Besitzenden dieselbe Steuerlast auf wie den Arbeitnehmern. Die Arbeiterschaft muß sich darüber hinaus rüsten zur Wiedergewinnung ihres Einflusses im Staat. Sie wird den ihr aufgezwungenen Kampf siegreich bestehen, je mehr die Einsicht in die Notwendigkeiten, Kräfte und Mittel in den weitesten Kreisen wächst. Das hätte sich fördern lassen, wäre es den Gewerkschaften möglich gewesen, ihre Bildungseinrichtungen unversehrt zu erhalten. Auch hier wird viel auszubessern, und neu aufzubauen sein.

Ueber allem aber steht die Pflicht, in den eigenen Reihen jenen Kampfesmut und jenes Gefühl ruhiger Sicherheit, aber auch jenes gegenseitige Vertrauen lebendig zu erhalten, denen die Gewerkschaften ihre bisherigen Erfolge, aber auch die Zuversicht verdanken, bald aus der Abwehr zum Angriff und zum Siege schreiten zu können."

Die Metallarbeiter führen den Kampf fort.

Aus allen Teilen des Bezirks laufen die Meldungen ein, daß die Metallarbeiter fast einmütig das Verhandlungsergebnis vom Sonnabend ablehnen. Von besonderer Bedeutung ist das Abstimmungsergebnis der Magdeburger Metallarbeiter, die sich bereis 14 Tage im Kampfe befinden. Es haben sich dort rund 90 Prozent für Ablehnung erklärt, so daß der Kampf weiterfortgesetzt wird. Der Schlichter hat die Parteien zu heute, Mittwoch, nach Magdeburg geladen.

Die Januargehälter der Angestellten anerkannt.

Der Afa-Bund teilt uns mit: Die am Montag mit der Allgemeinen Arbeitgeber-Vereinigung abgehaltenen Verhandlungen über Regelung der Angestellten-Januargehälter führten zu nachstehender Vereinbarung:

1. In der Frage der Bezahlung der weiblichen Angestellten erklärt sich die Allgemeine Arbeitgeber-Vereinigung bereit, bei diesem Gehaltsabkommen die in dem bisherigen Manteltarif verankerten Bestimmungen betr. die weiblichen Angestellten beizubehalten.

2. Die Lehrlingsfrage wird zurückgestellt, um zusammen mit den übrigen Bestimmungen des Mantelvertrages geregelt zu werden. Die Allgemeine Arbeitgebervereinigung gibt jedoch ihren Mitgliedsfirmen für die Bezahlung der Lehrlinge die von den Angestellten-Verbänden geforderten Sätze von 10 Mk., 20 Mk. und 30 Mk., für technische Lehrlinge 10 Mk., 25 Mk. und 35 Mk. als Richtlinie bekannt.

3. Zu der Frage der Arbeitszeit gibt die Allgemeine Arbeitgeber-Vereinigung folgende Erklärung ab, der von den Angestellten-Verbänden zugestimmt wurde: „Unter der Voraussetzung, daß 1. die Arbeitszeit bis zum 1. Februar 1924 eine Regelung findet, auch wenn die Verhandlungen über die übrigen Bestimmungen des Mantels zu keiner Vereinbarung führen, und daß 2. aus Anlaß der Arbeitszeitverlängerung keinerlei Gehaltsforderungen gestellt werden, ist die Allgemeine Arbeitgeber-Vereinigung bereit, die heutige Verhandlung über die Arbeitszeit zu vertagen.

Das Gehaltsabkommen läuft bis zum 29. Februar 1924."

Es gelten also die Gehaltssätze, die von uns am Sonnabend, dem 19. Januar, im „Volksblatt" veröffentlicht worden sind. Am Freitag, dem 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Pfälzer Schießgraben", wird in einer Fachgruppen-Versammlung zu dem Tarifabschluß sowie zur Arbeitszeit Stellung genommen.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück bei Wustermark.

Zwei Streckenarbeiter getötet.

Gestern mittag um 1.05 Uhr passierten der D-Zug 108 den Bahnhof Wustermark. Auf dem Gleis dicht hinter dem Bahnhof arbeitete eine Kolonne Streckenarbeiter. Während es den meisten gelang, rechtzeitig auf das Nebengleis überzuspringen, wurden die Arbeiter Semke aus Carnitz bei Wustermark und der Arbeiter Gehde aus Spandau vom Zuge erfaßt und sofort getötet. Nach einem Telegramm des Bahnhofsvorstehers in Wustermark ist die Schuldfrage noch ungeklärt.

Notbrücke über den Main eingestürzt.

Die Folgen des Treibeises.

Frankfurt a. M., 22. Januar.

Die Holznotbrücke über den Main, die seit zwölf Jahren an Stelle der abgebrochenen, historischen, alten Brücke steht, ist gestern durch Treibeis eingestürzt. Glücklicherweise wurde die Brücke schon vor einigen Tagen, da man die Gefahr erkannt hatte, für den Verkehr gesperrt, so daß ein größeres Unglück verhütet worden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401231-15/fragment/page=0003

Gemäldediebstahl in Hamburg.

Hamburg, 22. Januar.

Für 100 000 Goldmark Gemälde erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht in einer hiesigen Kunsthandlung. Es handelt sich um nicht weniger als 36 Bilder von Schildknecht, Ricknagel, Hildebrand, Plättner-Urh, v. Höfflin, Petersen-Angeln, Dr. Thomassen, M. Schmidt u. a. Man vermutet, daß die Verbrecher auch in Berlin versuchen werden, Beutestücke zu verkaufen. Für ihre Ergreifung und die Wiederbeschaffung der gestohlenen Gemälde sind 10 Prozent ihres Wertes als Belohnung ausgesetzt.

Der Todesschuß im Jagdrevier.

Neuruppin, 21. Januar.

Der verhängnisvolle Jagdunfall, der Anfang November 1923 dem Berliner Ingenieur Mader das Leben kostete, beschäftigte jetzt das hiesige Strafgericht. Angeklagt war der Schlächtermeister Albert Krause aus der Bahnstraße zu Berlin-Hermsdorf. Der Vorgang ist an dieser Stelle schon einmal ausführlich dargestellt worden. Jedenfalls behauptet die Anklage, daß Mader das Opfer eines Schusses aus dem Jagdgewehr Krauses geworden sei. Um die Untersuchung fehlzuleiten, hatte er auch sein Gewehr gereinigt, und sich um Mader nicht gekümmert. Zu der Hauptverhandlung waren unter anderen Kommissar Trettin und Dr. Brüning aus Berlin geladen, die Verteidigung hatte Rechtsanwalt Bahn (Berlin) übernommen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von acht Monaten. Der Verteidiger maß die Schuld dem Jagdpächter zu, der die Aufstellung der Schützen nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgenommen habe. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis. Es zog hierbei in Betracht, daß Krause sich um den Jagdgenossen, der vielleicht noch hätte gerettet werden können, nicht gekümmert habe.

Eisenbahnräuber in Lothringen. Auf den Postwagen des Personenzuges, der zwischen Forbach und Metz verkehrt, wurde ein Raubüberfall verübt. Kurz nachdem der Zug die Station Maizières verlassen hatte, drangen zwei maskierte Banditen in den Wagen ein, überwältigten den Postbeamten, raubten 250 000 Franken und verschwanden unerkannt vor der Station Metz-Nord.

18 Frauen erfroren. Ueber die Vereinigten Staaten ist eine ungewöhnliche Kältewelle niedergegangen. Wie aus Gary in Illinois gemeldet wird, sind 18 Frauen, die sich auf einer Schneeschuhpartie befanden, unterwegs liegengeblieben und erfroren.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottlieb Kaspdrek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei. e. G. m. b. H.. Halle. Harz 42/41

Hautjucken, Flechten, offene Füße,
Krampfadern, auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende seit Jahrzehnten bewährte
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe.
Original-Dosen à Gmk. 1,— und 1,80 erhältlich in den Apotheken. Stets vorrätig: **Halle a. S.** Victoria-Apotheke. Gr. Steinstraße 32; Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. **Merseburg:** Stadt-Apotheke. 4651

LACHEN LINKS
DAS WITZBLATT DER REPUBLIK

„Lachen links"
erscheint jeden Freitag und ist zum Preise von 25 Pfennig zu beziehen durch unsere
Volksblatt-Buchhandlung, Austräger und Zeitungsverkaufsstellen
Verlag „Volksblatt" G. m. b. H. Halle (Saale)

Vereins-Kalender
der VSPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle.

Kant-Gesellschaft. Ortsgruppe Halle. Freitag den 25. Januar 1924, abends 8 Uhr, im Hauptgebäude der Universität Vortrag von Privatdozent Dr. Doetzsch (Halle) über Erfahrung und Denken in der Mathematik.

SAJ. Heute abend findet im Jugendheim eine Musikstunde statt. Beginn pünktlich 6½ Uhr. Die Inhaber von Vereinsklampfen müssen alle erscheinen. Am Donnerstagabend findet im Jugendheim eine Probe des Jugendchors statt, das Erscheinen ist unbedingt notwendig. Wir benötigen für die Nacht vom 26.—27. Januar noch einige Quartiere. Meldungen nehmen die Gruppenvorsitzenden entgegen.

— Gruppe Süd. Freitag, 7 Uhr, in der Torschule 1. Gruppenabend.

— Gruppe Nord. Am Mittwoch, den 23. Januar Frage- und Aufklärungsabend über Fragen der Jugendbewegung. Fragen müssen schriftlich beim Vorsitzenden abgegeben oder in den verschlossenen Briefkasten im Heim gesteckt werden.

Delitzsch. Jungsozialisten. Wir gehen am Mittwoch, dem 23. Januar zum öffentlichen Vortragsabend der SAJ. Thema „Proletarische und bürgerliche Jugendbewegung". Referent Genosse H. Deist (Halle). Kommt alle und pünktlich ¾8 Uhr nach der Mädchenvolksschule.

Delitzsch. Die Fraktionssitzung findet diesmal ausnahmsweise schon am Freitag, dem 25. Januar abds. 8 Uhr im Zimmer 31/32 des Rathauses statt.

Falkenberg. Wir machen nochmals auf die heute, Mittwoch, abds. 8 Uhr, im Rittergutsversammlungsraum stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Erscheinen aller Parteimitglieder infolge der wichtigen Tagesordnung Pflicht.

Benndorf. Sonntag den 27. Januar, nachm. 4 Uhr, beim Genossen Wenzel: Mitglieder-Versammlung. Um dringendes und pünktliches Erscheinen wird wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung gebeten. Referent zur Stelle. Mitgliedsbuch mitbringen.

Mücheln. Donnerstag, den 24. Januar, im „Roten Hirsch": Mitgliederversammlung.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Morgen abend 8 Uhr im Volkshaus Vorstandssitzung.

— Morgen abend 8 Uhr im „Volkshaus": Frauenabend. Trinkzwang besteht nicht.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Stadt-Theater.
Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **König Lear.**
Freitag, abends 7½ Uhr: **Graf von Luxemburg**

Koch's Künstlerspiele
Bunte Bühne
Jeden Abend 8 Uhr Vollständig neues Programm der bekannten
Fritz Weber-Sänger
Sonnabend, 26. Jan. **Wohltätigkeitsfest** mit Bazar zum Besten d. Altershilfe

Wollene **Strümpfe** für Damen und Kinder kauft man preiswert
6 A. Hoppe Kuhgasse 6

Achtung!
Sie sparen viele Goldmark
Liefere echtes Leder in Stücken f. Sohlen und Absätze. 1 Kilo (f. 4 bis 5 Paar Sohl.) nur 3 Goldmark. Bei Voreinsendung des Betrages franko.
Adolf Bäuerle
Fabrikation
Kleinaspach (Württemberg) 4868

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!
Darum inseriere!

+ Frauen +
Es gibt beim Ausbleiben der
monatlichen Regel,
ein unschädlich sicher wirkendes Mittel, um Sie von dieser Sorge zu befreien. Schreiben Sie mir, einer erfahrenen Frau, denn nur meine seit viel. Jahren bewährten, genehmigten und von ärztlichen Autoritäten geprüften Original-Mittel helfen
Totsicher
auch in bedenklichen, bereits hoffnungslosen Fällen. 1000de Dankschreiben bezeugen den Erfolg
in 1 bis 2 Stunden.
Keine Berufsstörung. Garantiert unschädlich, sonst 3 faches Geld zurück. Diskreter Versand per Nachnahme.
Frau A. Liermann
Hamburg 6/C 2862
Schanzenstr. 68 4524

Größte Auswahl Billigste Preise
Chaiselongues und Bett-Chaiselongues
eigener Erzeugung
Weitgehendste Zahlungserleichterung.
Bruno Paris, LeipzigerStr. 12

Nutzholz-Versteigerung

aus den Beständen des Ritterguts Beesen:
31 Pappeln, 11 Erlen, 4 Rüstern
am Sonnabend, dem 26. Januar 1924 vormittags. Treffpunkt 9 Uhr vorm. am „Gasthof zum Elstertal". 4872

Halle, den 22. Januar 1924.

Der Magistrat.

Ia Schweinskopf	1 Pfund	65 ₰
Alle Sorten Speck geräuchert	1 Pfund	80 ₰
Ia große Bockwürste	1 Stück	30 ₰
Prima Cornedbeef	1 Pfund	60 ₰
Ia Pflaumen-Konfitüre	1 Pfund	40 ₰
Ia Pflaumenmus	1 Pfund	30 ₰
Ia Kunst-Honig lose	1 Pfund	30 ₰
Ia Speise-Syrup	1 Pfund	20 ₰

Wer probt lobt!
Versuchen Sie bitte meinen Molkerei-Butter-Ersatz-Margarine

Marke Vierblatt	1 Pfund nur	65 ₰
Marke Homa	1 Pfund nur	85 ₰

zwei hochfeinste Marken, welche bezgl. der Qualität alle anderen Marken unbedingt übertreffen.

Tafel-Margarine	1 Pfund	55 ₰
Schweine-Schmalz	1 Pfund	80 ₰

Zum Backen hochfeiner Pfannkuchen empfehle ganz besonders mein Kunst-Speisefett **Schmalzona** 1 Pfd. nur **60** ₰

Palmin in Tafeln	1 Pfund	70 ₰
Palmbutter	1 Pfund	65 ₰
Ia Rinderfett	1 Pfund	65 ₰
Milch, Marke Libby	Große Dose nur	65 ₰

Albert Knäusel
Filialen in allen Stadtteilen

Konsumverein für Sangerhausen und Umgeg.
e. G. m. b. H.

Sonntag, den 3. Februar, vorm. 10 Uhr, in Sangerhausen im Verwaltungsgebäude:

Ordentl. Vertreter-Versammlung

Tagesordnung:

1. Halbjahresbericht und Genehmigung der Goldmarkbilanz.
2. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.
3. Aenderung des § 57 des Statuts (betr. Geschäftsanteil).
4. Beschlußfassung über die Höhe der aufzunehmenden Spareinlagen.
5. Anträge der Mitglieder nach § 52 des Statuts.

Der Aufsichtsrat.
4806 J. A.: Albert Elster (Vorsitzender).

Kaufe ständig **FELLE WOLLE** zu Höchstpreisen!
F. Halle
Gr. Steinstr. 13
Eingang Mittelstr.

„Radio-Club" Halle a. S.
Donnerstag, den 24. Januar, abds. ½7 Uhr im „Stadtschützenhaus":
General-Versammlung!
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Ab ½9 Uhr Zutritt für Damen u. Herren als Gäste zum Werbeabend. 4864

Alle Drucksachen liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei.

Strickwolle ⅕ **82** Pf.
Wiederverkäufer Extrapreise!
Lipper, Magdeburger Str. 25

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.
Bezahlt wurden am Montag, dem 21. Januar 1924.

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
	In Goldmark			
Ochsen	63	35	58	40—50
Bullen	60	50	57	
Kühe	63	35	57	
Jungrinder	60	60	60	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	80	68	77	
Lämmer und Masthammel	75	70	70	50
Schafe	68	50	60	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	90	80	90	80—82

Glänzend ist das Resultat,
Geldersparnis keine Mühe,
Wer Erdal im Hause hat
spart schon zeitig in der Frühe.
Erdal
Schuhpasta Bohnerwachs
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240123l-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Januar 1924.

Städtische Finanzen und neue Miete.

Veränderte Stellungnahme der Parteien.

Die neue Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers, die die Miete vom 1. Februar an auf ganz neuer Grundlage regelt, ist von wesentlicher Bedeutung auch für die städtische Finanz- und Steuerpolitik. Nach dieser Verordnung wird mit dem bisherigen System der prozentualen Zuschläge mit ihren komplizierten Einzelberechnungen gebrochen und es fallen auch die sogenannten Umlagen fort. Die Auslagen des Wirtes für Müllabfuhr, für Wasser, Beleuchtung usw. sind jetzt ein für allemal in der fest zu erhebenden Miete enthalten und werden nicht mehr neben oder nach der Miete besonders erhoben. Darunter fallen aber auch die Steuern, die auf Grundstücken ruhen, insbesondere die Grundsteuer, die in Preußen und fast allen anderen Ländern eine der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinde bildet. Auch die Grundsteuer kann nicht mehr umgelegt werden, sie muß von den festen Erträgnissen der Miete vom Wirt bezahlt werden. Damit ändert sich zum Teil auch die Stellung der Parteien zu dieser Steuer. Die bürgerlichen Parteien als Sachwalter der Hausbesitzerinteressen werden jetzt überall versuchen, die Erhebung und Erhöhung dieser Steuer, die unter den so veränderten Verhältnissen eine Sachwerterfassungssteuer ist, die größten Schwierigkeiten zu machen. Umgekehrt werden die Linksparteien, auch die Sozialdemokratie, ihre Bedenken, die bis jetzt einer allzu großen Anspannung dieser Steuer entgegenstanden fallen lassen müssen. Wenn schon eine Erhöhung der Mieten kommt und unvermeidlich wird, dann soll sie wenigstens auch der Gesamtheit zugute kommen. Die Aufrechterhaltung der Gemeindewirtschaft ist zweifellos wichtiger als die privaten Interessen einzelner Hausbesitzer.

Im übrigen ist die Grundsteuer in fast allen großen Städten etwas sehr erheblich angespannt. Man kann zurzeit in den Großstädten mit durchschnittlich 100 Zuschlag zur Staatssteuer rechnen. Kleine Gemeinden erheben oft noch bedeutend höhere Zuschläge.

Es wird Zeit!

Die Kassenkranken kommen wieder zu ihrem Recht.

Der Verband Hallescher Kassenärzte schreibt uns: Die vom Reichsarbeitsministerium angekündigte gesetzliche Neuregelung der Krankenversicherung auf dem Lande ist nicht, wie die Aerzteschaft befürchten mußte, ohne Mitwirkung der ärztlichen Organisation erfolgt. Der Entwurf ist vielmehr der gesetzlichen Vertretung der Aerzte und Krankenkassen, dem Reichsausschuß, am 17. Januar 1924 zur Kenntnis gebracht worden. Gegen Einzelheiten der Verordnung haben die ärztlichen Vertreter Bedenken erhoben, mit Rücksicht darauf aber, daß die Regierung von einer Ausschaltung des Reichsausschusses Abstand genommen hat, die Aufhebung des vertragslosen Zustandes zugesagt. Die kassenärztlichen Vereine werden den Krankenkassen mitteilen, daß ihre Mitglieder auf Grund des vom Reichsarbeitsministerium vertretenen Rechtsstandpunktes bereit sind, die ärztliche Tätigkeit nach Maßgabe der Bestimmungen der alten Verträge wiederaufzunehmen.

Die Krankenkassen sind nunmehr nach der am 17. Januar erneut vertretenen Rechtsauffassung des Reichsarbeitsministeriums verpflichtet, allen bisher bei ihnen zugelassenen Aerzten ihre Dienste nach den früheren Vertragsbedingungen zu vergüten, bis durch die Arbeit des Reichsausschusses neue Verträge zustande gekommen sind. Sollten sich einzelne Kassenvorstände weigern, der Wiederaufnahme der früheren Beziehungen zuzustimmen, so handeln sie den gesetzlichen Bestimmungen und den Weisungen des Reichsarbeitsministeriums entgegen, hintertreiben die Beendigung des Kampfes und vereiteln die von der Aerzteschaft angestrebte Zusammenarbeit im Reichsausschuß. Entstehen aus einer etwaigen ablehnenden Haltung einzelner Kassen neue örtliche Kämpfe, so tragen die Krankenkassen die Verantwortung für die den Versicherten daraus entstehenden Folgen.

Ersparnisse bei Steuerberufungen.

Entscheidung nur auf rechtzeitigen Antrag.

Bei Rechtsmitteln, die in der Zeit der Geldentwertung gegen die Heranziehung zu einer in Papiermark bemessenen öffentlichen Abgabe eingelegt worden sind, steht heute, nach der Umstellung auf die Goldrechnung, der Wert des Streitgegenstands vielfach in schroffem Mißverhältnis zu den Kosten, die dem Staate durch die Bearbeitung dieser Rechtsmittel erwachsen. Die zuständigen preußischen Minister haben daher, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, um diese unproduktiven Kosten im Hinblick auf die große Finanznot der öffentlichen Körperschaften auf ein Mindestmaß zurückzuführen, durch eine am 18. Januar in Kraft getretene Verordnung (Gesetzsammlung 1924, S. 25) bestimmt, daß bei Rechtsmitteln, die gegen die Heranziehung zu einer preußischen Staatssteuer, einer kommunalen Abgabe oder einem Betrag an Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammern eingelegt sind, das Verfahren unterbrochen ist, sofern die Abgabenschuld nicht von vornherein auf wertbeständiger Grundlage errechnet worden ist. Das Verfahren kann von dem Beteiligten innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung, also spätestens am 18. Februar, durch eine der Rechtsmittelbehörde gegenüber abzugebende schriftliche Erklärung aufgenommen werden, wenn von der Rechtsmittelentscheidung eine Zahlung oder Erstattung abhängig ist, die der Aufwertung nach den Vorschriften der Landesaufwertungsverordnung unterliegt und die, sofern es sich um eine einmalige Abgabe handelt, den Betrag von 10 Goldmark, sofern es sich um eine fortlaufend zu entrichtende Abgabe handelt, für den Monat November 1923 den Betrag von 1 Goldmark übersteigt. Wird das Verfahren nicht aufgenommen, so wird es kostenlos für erledigt erklärt.

Die Verordnung findet keine Anwendung auf dem Gebiete der Stempelsteuer und der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen.

Steuerpflichtige, die ein Rechtsmittel gegen die Heranziehung zu einer der genannten öffentlichen Abgaben eingelegt haben und noch auf die Entscheidung warten, werden sich daher die Frage vorlegen müssen, ob die Fortsetzung des Verfahrens nach Vorstehendem zulässig ist und sich überhaupt verlohnt. Gegebenenfalls werden sie für rechtzeitige Abgabe der Aufnahmeerklärung Sorge zu tragen haben, da sonst unwiderruflich das Rechtsmittel für erledigt erklärt werden würde.

Die Zukunft der Volksspeisung.

Ueber den gegenwärtigen Stand und die Zukunft der hallischen Volksspeisung wird Geheimrat Abderhalden am Donnerstag, dem 24. Januar, abends 8 Uhr, im Saale der Loge zu den fünf Türmen, Albrechtstraße 6, vor der Hauptversammlung Bericht erstatten. Vollzähliges Erscheinen aller Beteiligten ist dringend erwünscht. Gäste und Freunde sind willkommen.

Parteinachrichten.

* **Ortsvorstands-Sitzung.** Heute, Mittwoch, 23. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibureau: Sitzung des Ortsvorstandes. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig.

Mord oder Selbstmord?

Dem ordentlichen Gericht entzogen und dem Scharfrichter überliefert.

Ein Opfer der neuen Justiz-Praxis.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Halle stand am Dienstag die 74jährige Schiffersehefrau Marie Blauel aus Alsleben unter der Anklage des Mordes, begangen an dem 73 Jahre alten Invalidenrentner, früheren Schiffer August Böttcher. Böttcher, der im Haushalt der Eheleute Blauel wohnte, war in der Nacht zum 11. Juli 1923 verstorben. Der von Frau Bl. am 11. Juli benachrichtigte Arzt hatte als Todesursache Herzschlag festgestellt. Im Orte tauchten aber sofort nach Bekanntwerden von Böttchers Tode Gerüchte auf, daß B. keines natürlichen Todes gestorben sei. Von der Polizei darüber informiert, nahm Dr. Amberg eine nochmalige genauere Untersuchung der Leiche vor, wobei ihm deren gelbliche Verfärbung auffiel. Die Obduktion der Leiche ergab, daß im Darminhalt Phosphor vorhanden war; auch der Gerichtschemiker Dr. Schacht, dem der Darminhalt zur chemischen Untersuchung übersandt wurde, stellte das Vorhandensein von größeren Phosphormengen fest. Eine Haussuchung bei der Angeklagten förderte mehrere Tüten mit Kleesalz sowie eine Büchse mit „Radikal", einem phosphorhaltigen bekannten Rattenvertilgungsmittel, zutage; von diesem war die obere Schicht frisch angegriffen, was durch Sachverständige bestätigt wurde. Frau Blauel wurde daraufhin wegen Mordverdachts verhaftet. Sie befindet sich seit Juli v. J. in Untersuchungshaft.

Zu der Verhandlung am Dienstag, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bühnemann stattfand, waren neben vier Sachverständigen nicht weniger als 26 Zeugen geladen. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Drabitsch, die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Pinthus (Halle). Stark belastet wurde die Angeklagte von den als Zeugen vernommenen Ehepaaren Riemer und Schmeil. Sie sagten übereinstimmend aus, daß Böttcher am Abend des 5. Juli noch in der elften Stunde zu ihnen gekommen sei und erzählt habe, daß er an diesem Abend gut zu essen und eine Tasse Kakao bekommen habe. Diese habe ihm zwar gut geschmeckt, es sei ihm aber übel danach geworden; er glaube, man wolle ihn vergiften, und er bat darum, daß jemand bei ihm schlafen möge. Man versuchte, Böttcher diesen schrecklichen Verdacht auszureden, was aber nicht gelang. Böttcher übernachtete dann bei Schmeil, trank am andern Morgen, an dem er sich wieder wohler fühlte, eine Tasse Kaffee, aß ein Musbrot dazu und begab sich dann wieder in seine Wohnung. Am Sonnabend, dem 7. Juli, konsultierte Böttcher den Arzt Dr. Hamann; auch diesem gegenüber behauptete er, von Frau Blauel vergiftet worden zu sein. Da Dr. H. den Böttcher jedoch als Sonderling kannte, glaubte er ihm den Vorwurf nicht, sondern gab dem B., der leicht fieberte, ein entsprechendes Heilmittel und entließ ihn. Drei Tage später starb B., ohne noch einmal zum Arzt gegangen zu sein.

Aus den sonstigen Zeugenaussagen war folgendes Bild zu gewinnen: Böttcher war trotz seiner 78 Jahre ein noch rüstiger Mann, der „Knochen wie ein Riese" hatte, nur hörte er schwer. Da er nicht mehr arbeitete und er auch allein dastand, bewog er Bekannte, mit ihm einen Vertrag zu schließen, wonach er sein gesamtes Hab und Gut (außer einem 3 Morgen großen Acker besaß er nur sein dürftiges Mobiliar und Hausrat) dem vermachte, der ihn bis zu seinem Lebensende bei sich aufnehmen und beköstigen würde. Einen solchen Vertrag schloß B. zuerst mit dem Schiffer Hermann Müller; wegen Differenzen, die aus dem gesegneten Appetit des B. entstanden, wurde dieser Vertrag aber im Jahre 1922 wieder gelöst, und nachdem B. vergeblich versucht hatte, anderswo unterzukommen, kam zwischen ihm und den Eheleuten Blauel im September 1922 ein gleicher Vertrag wie der mit Müller zustande. Mehrere Zeugen, die sich als alte Freunde des Böttcher bezeichneten, schilderten diesen als einen Menschen, der in der letzten Zeit vor seinem Tode ein gedrücktes Wesen zur Schau trug. B. habe oftmals Selbstmordgedanken ausgesprochen, indem er dabei auf seine geringe Rente und seine Vereinsamung hinwies; irgendwelche Klagen gegen die Eheleute Blauel habe er jedoch nicht vorgebracht. Eine 42jährige Frau M. sagte aus, daß B. sie bestimmen wollte, ihn zu heiraten; sie habe ihn aber hinausgeworfen, da er rabiat geworden sei und sie schlagen wollte. Nach Aussage des Sohnes der Frau M. war Böttcher sehr mißtrauisch; wenn er zum Besuch kam und Kaffee vorgesetzt erhielt, mußte der Zeuge erst einen Schluck aus Böttchers Tasse trinken, weil B. auch hier fürchtete, man wolle ihn vergiften.

Weitere Belastungsmomente für die Angeklagte waren die Aussagen der Eheleute Riemer und Schmeil, daß Böttcher am 5. Juli 1923 auch erzählt habe, Frau Blauel habe ihm nach dem Abendessen einen leeren Zettel vorgelegt, worauf er seinen Namen schreiben sollte; Frau B. habe gesagt, es handle sich nur um ein Spiel. Die Anklage nimmt an, daß die Angeklagte sich durch spätere Ausfüllung des Zettels einen Vorteil habe verschaffen wollen. — Der Zeuge Stadtsekretär F. gibt an, daß die Angeklagte bei der Anmeldung des Todesfalles vor dem Standesbeamten gefragt habe, ob die Beerdigung nicht beschleunigt werden könne. Einen Schlosser soll die Angeklagte bewogen haben, der Polizei nichts davon mitzuteilen, daß er ihr einen Schlüssel zu Böttchers Kammertür gemacht habe.

Sehr zugunsten der Angeklagten sagte deren 23jährige Pflegetochter, die seit zwei Jahren verheiratete Ehefrau des Postschaffners Lehmann, aus. Sie ist von der Angeklagten seit ihrem zweiten Lebensjahr bis zu ihrer Verheiratung erzogen worden und hat es bei ihr gut gehabt. Von einem schlechten Verhältnis zwischen Böttcher und der Angeklagten habe sie bei ihren häufigen Besuchen nie etwas bemerkt. Das Vorhandensein der vielen Tüten mit Kleesalz, die auf dem Nachtische liegen, im Hause der Angeklagten erklärt die Zeugin damit, daß dieses zur Entfernung von Rostflecken aus der Wäsche gedient habe; da die Tüten meistens vor völliger Entleerung verlegt wurden, sei immer wieder neues Kleesalz aus der Drogerie geholt worden. Das „Radikal" sei zur Vertilgung von Ratten beschafft, aber nicht verbraucht worden. Ein Telegramm an den in Oschersleben wohnenden Sohn der Angeklagten, das dieser zur Last gelegt wird und den Inhalt hatte: „Nichts gefunden, alles in Ordnung", ist auf Veranlassung der Zeugin und ihres Ehemannes abgegangen und sollte den Zweck haben, den Sohn, der von dem gegen die Angeklagte gehegten Verdacht unterrichtet war, zu beruhigen und ihm die eventuell beabsichtigte Reise zu ersparen.

Nach Erstattung der Gutachten der Sachverständigen, die übereinstimmend als Todesursache Vergiftung durch Phosphor angaben und die Möglichkeit eines Selbstmordes verneinten, beantragte der Staatsanwalt, die Frage nach „Schuldig des Mordes" zu bejahen.

Rechtsanwalt Pinthus gab zu, daß ein starker Indizienbeweis gegen die Angeklagte vorliege, aber ein schlüssiger Beweis könne nicht erbracht werden, da zwar Gift in der Leiche des Böttcher vorgefunden sei, aber nicht einwandfrei feststehe, wer es dem B. beigebracht habe. Nicht unwahrscheinlich sei es, daß B. Selbstmord verübt habe. Er beantrage daher, die Schuldfrage zu verneinen und die Angeklagte freizusprechen. — Die Angeklagte beteuerte schluchzend ihre Unschuld.

Nach dreiviertelstündiger Beratung fällte das Gericht den Spruch, er lautete auf „Schuldig des Mordes." Die Angeklagte wurde zum Tode verurteilt.

*

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das Gericht einen Fehlspruch gefällt hat. Wenn auch viele Momente vorliegen, die die Angeklagte stark belasten, so kann man sich ihr Zusammentreffen auch harmlos und als zufällig erklären. Eigenartig erscheint es, daß eine Giftmörderin, die doch mit einem auftauchenden Verdacht und einer Haussuchung rechnen muß, die Gifte nicht beseitigt, sondern sie gewissermaßen auf dem Präsentierteller bereit hält. Wozu die Gifte im Hause verwendet worden waren, hat ja die Zeugin Lehmann glaubwürdig bekundet. Daß die Angeklagte eine schnelle Beerdigung gewünscht hat, ist erklärlich; nach Aussage des Arztes Dr. Hamann herrschte damals eine Temperatur von 25 Grad im Schatten, und da ist es begreiflich, daß man eine Leiche nicht gerne lange im Hause hat, wo mehrere Menschen dicht beieinander wohnen. Auf die angebliche Beeinflussung des Schlossers hat das Gericht selbst keinen Wert gelegt. Was aber die Erzählung des Böttcher bei den Eheleuten Riemer und Schmeil betrifft, so ist kaum Wert darauf zu legen, denn mehrere Zeugen haben bekundet, daß Böttcher schon vorher Anzeichen von Verfolgungswahn offenbarte; fest steht aber auch, daß Böttcher Selbstmordgedanken hegte; es ist durchaus denkbar, daß er sich aus der Kammer, in der die Giftbüchse stand, eine Dosis Gift entwendet und sie gelegentlich selbst seinem Getränk beigemischt hat. Nach alledem hätten wir einen Schuldigspruch nicht erwartet. Ein elementarer Grundsatz der Strafrechtspflege lautet: „In Zweifelsfällen für den Angeklagten."

Die trotz ihres hohen Alters bisher unbestrafte Angeklagte ist außerdem nicht von einem Geschworenengericht, sondern von fünf Berufsrichtern einer Strafkammer gerichtet worden. Vielleicht — und wir nehmen an, bestimmt — hätten die Geschworenen eines Schwurgerichts die Schuldfrage verneint. Dadurch, daß die Angeklagte ihren ordentlichen Richtern entzogen worden ist, ist sie rechtlich schwer geschädigt. Wir halten aber die Verordnung vom 4. Januar 1924, die die Schwurgerichte aufhebt und deren Aufgabe den Strafkammern zuweist, für verfassungswidrig, weil sie nur von einem Ressortminister erlassen wurde und damit den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes überschreitet. Wir hoffen daher, daß die Revision, die beim Reichsgericht beantragt werden soll, Erfolg hat, so daß eine Umstoßung des nach unserer Ansicht falschen Urteils möglich ist.

Im alten Gang.

Sinken der Ernährungskosten um wenige Prozent.

Die hallischen Indexziffern vom 21. Januar 1924 betragen nach der Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1): 1. Gesamtindex, d. i. Lebenshaltung einschl. Bekleidung 924,9 Milliarden (Veränderung gegenüber der Vorwoche —1,5 Proz.); 2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung 873,6 Milliarden (—1,8 Proz.). Im einzelnen lautet der Index für Ernährung 1126,6 Milliarden (—2,1 Proz.); Heizung und Beleuchtung 1616,7 Milliarden (—); Wohnung (2 Zimmer und Küche, Friedensmiete ohne Nebenabgaben 320 Mk.) 163,2 Milliarden (—); Bekleidung 1292,7 Milliarden (—).

*

Die gegenwärtige Preisentwicklung wird durch ein ganz, ganz allmähliches Absickern gekennzeichnet. Bemerkenswert ist, daß die hallische Indexziffer der letzten Woche nur durch die Senkung der Ernährungskosten herabgedrückt wird.

Zahlung nur gegen Quittung!

Unregelmäßigkeiten in der Zeitungszustellung und der Bezugsgeld-Kassierung.

Zur Beseitigung von Unregelmäßigkeiten, die hier und da vorgekommen sind, bitten wir unsere Leser um folgendes:

1. Mängel in der Zustellung der Zeitung stets sofort unserer Expedition oder, wenn es sich um Trägerbezirke außerhalb Halles handelt, der örtlichen Parteileitung oder Zeitungskommission zu melden, damit für Abhilfe gesorgt wird.

2. Das Bezugsgeld darf nur gegen Aushändigung der für den entsprechenden Zeitraum und auf den Namen des Lesers ausgestellten Quittung gezahlt werden.

Der Verlag.

Unterbezirks-Konferenz für Halle-Saalkreis.

Am Sonntag, dem 27. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark" zu Halle unsere Unterbezirkskonferenz statt. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. **Die politische Lage.** Referenten: Reichstagsabgeordneter Karl Hildenbrand (württembergischer Gesandter) und Reichstagsabgeordneter Fritz Kunert.
2. **Der Zeitungskonflikt.**
3. **Wahl der Delegierten zum Bezirks- und Reichsparteitag.**
4. **Verschiedenes.**

Die Delegierten der einzelnen Ortsvereine werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Petersdorff.

* **Kommunale Literatur.** Von dem Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, das im Besitz jedes Parteigenossen sein sollte, der sich mit Kommunalpolitik beschäftigt, ist die Lieferung 23/24 erschienen. Das Heft umfaßt Abhandlungen: Siedlungsverband, Schulden, Schlachthöfe, Schulwesen.

* **Vertrieb kommunistischer Zeitungen des Auslandes verboten.** Das Polizeipräsidium schreibt: Der Chef der Heeresleitung hat mit Verfügung vom 8. Januar 1924 den Vertrieb der „Roten Fahne", Wien, des „Basler Vorwärts" und der „Internationalen Pressekorrespondenz" (Inprekorr.), Wien, im Reichsgebiet verboten.

* **Stempelverteilungsstelle.** Wie uns mitgeteilt wird, hat das Landesfinanzamt wieder eine Stempelverteilungsstelle im Stadtinnern eingerichtet und das Amt als Stempelverteiler dem Bureauvorsteher a. D. Gustav Rosch, hier, Rathausstr. 13a, übertragen. Damit dürfte einem dringenden Bedürfnisse entsprochen sein.

* **Die Ausgabe von Rentenmünzen wird nunmehr Mitte Januar** in verstärktem Maße einsetzen. Bisher hat die Prägung noch unter schwerwiegenden technischen Hemmnissen zu leiden gehabt. Ursprünglich hatte man an den zuständigen Stellen gehofft, bereits zu Beginn des neuen Jahres große Mengen von Münzen in den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401231-15/fragment/page=0005
DFG

Verkehr bringen zu können, aber neue Schwierigkeiten stellten sich ein, die erst beseitigt wurden. In der Berliner Münze sind bisher 10 Millionen Geldstücke zu 1, 2, 5, 20 und 50 Pf. geprägt worden. Im ganzen sollen von dieser Stelle aus etwa 300 Millionen in den Verkehr geworfen werden. Gleichfalls 300 Millionen werden die übrigen Münzanstalten in Hamburg, München (für Bayern), Karlsruhe (für Baden), Stuttgart (für Württemberg) und Muldenhütten (für Sachsen) zur Ausgabe bringen. Zunächst sollen auf den Kopf der Bevölkerung Metallgeld im Werte von etwa 1 Rentenmark entfallen. Um den Gesamtbedarf an Kleingeld decken zu können, ist beabsichtigt, nunmehr so viel Münzen zu prägen, daß etwa 2,50 Rentenmark auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Vorläufig freilich hat sich der Mangel an Kleingeld, der sich bereits seit Wochen bemerkbar macht, so verschärft, daß unter seiner Einwirkung der Zahlungsverkehr vielfach nur noch unter erheblichen Schwierigkeiten vor sich geht.

* **Wem gehört die Leiter?** Zur Ausführung eines Diebstahls in der Reilstraße haben die Täter eine etwa 8 Meter lange, 3Sprossige ältere Leiter benutzt, die sie am Tatort zurückgelassen haben. Der unbekannte Eigentümer der Leiter wird gebeten, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 67 oder 68, zu melden.

Städtisches Theater- und Kunstleben.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, 7½ Uhr gehen Nicolais „Lustige Weiber" in Szene. Donnerstag in vollständig neuer Einstudierung unter Leitung des Intendanten W. Dietrich: „Shakespeares „König Lear". Am Sonnabend kommt das Werk zur ersten Wiederholung. Freitag 7½ Uhr: „Graf von Luxemburg". Sonnabend nachmittag 3 Uhr kommt das Weihnachtsmärchen „Der Froschkönig" (zum letzten Male) noch einmal zur Aufführung. Karten zu bedeutend ermäßigten Preisen an der Kasse des Stadttheaters (10 bis 2 Uhr). Sonntag 7 Uhr: „Lumbaster".

* **An die Stammkarten-Inhaber.** Das Stadttheater schreibt: Wir weisen nochmals und wiederholt darauf hin, daß mit der letzten Vorstellung die Einzelratenzahlung eingestellt ist; mit der Wertbeständigkeit des Geldes ist von nun an wieder die Rate für 5 Vorstellungen zu entrichten, und ersuchen wir die Stammkarteninhaber, den Betrag ihrer Rate bis am Tage der Vorstellung, mittags 2 Uhr, zu zahlen. Wir müssen um so mehr auf dieser Zeit bestehen, als es am Abend für die Kassiererin unmöglich ist, die Stammkarten aufzubauen, geschweige die damit verbundenen Arbeiten zu bewältigen. Alle bis spätestens 2 Uhr nicht eingelösten Karten fallen ohne Ausnahme dem Einzelverkauf der Tageskasse zu.

* **Volksbühne.** Für die Mitglieder der Theatergemeinden G bis N beginnt aus theatertechnischen Gründen das 6. Werk (Ibsens „Wildente") erst am 7. Februar. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß sie schon jetzt auf Wunsch aus der anderen Reihe für „König Lear" und „Lumpen" Karten in der Geschäftsstelle gegen Mitgliedskarte erhalten können.

Film und kleine Bühne.

* **W-T.,** Große Steinstraße. „The Kid" (Das Kitzchen). Charlie Chaplin als Regisseur zum ersten Male in großer Arbeit zu Gesicht zu kriegen, das lockt schon jeden Filmfreund. Und es ist schon eine ins Fabelhafte reichende Leistung, die der kleine, bewegliche Mann in der typischen Kleidung aller seiner „Chaplinjuden" hier vollbrachte. „Der Landstreicher und sein Findelkind" fordern oft zum Lachen heraus, aber der Untergrund ist doch derbe Tragik, die noch mehr als des Vielseitigen kleine Geschichten zum Nachdenken über die Vorführung hinaus anregen. — Eine Arbeit des großen Lubitsch: „Kohlhiesl's Töchter" rechtfertigt wohl den Wunsch, sie öfter einmal wiederzusehen. Der derbe süddeutsche Humor und als Mittelpunkt der Darstellung Henny Porten, das ist schon allerhand. F—e.

Aus der Provinz.

Einberufung des Provinzial-Landtages

Merseburg, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Landeshauptmann Oeser hat durch Schreiben an den Vorsitzenden des Provinzialausschusses nunmehr auch formell seinen Austritt aus den Diensten der Provinz erklärt. Der Provinzialausschuß beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Provinziallandtag für den 8. April 1924 einzuberufen. Auf der Tagesordnung stehen:

Wahl des Landeshauptmanns und Beratung des Haushaltsplans für das nächste Jahr.

*

Merseburg. Bauarbeiter-Versammlung. Wenn es eine Arbeiterkategorie gibt, die in der jetzigen Periode, die wir durchleben, zu leiden hat, so ist es unstreitig die Bauarbeiterschaft. Doppelt hat sie zu kämpfen. Erstens ist es die langanhaltende Frostperiode, die alle Arbeitsmöglichkeit lahmlegt, auf der anderen Seite auch noch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Bauarbeiterschaft in erhöhtem Maße treffen. Die schlechte Konjunktur des Baugewerbes wird von den Arbeitgebern in ganz frivoler Weise ausgenutzt. Der Lohn ist abgebaut, die Arbeitszeit, sofern infolge der Witterungsverhältnisse noch gearbeitet wird, verlängert. Und doch, man sollte es nicht für möglich halten, ist es die Bauarbeiterschaft, die von allen Berufen das wenigste Interesse an ihrem Existenzkampf hat. Bewiesen hat das die letzte Mitgliederversammlung am vergangenen Dienstag, die verhältnismäßig schwach besucht war. Kollege Wenschek sprach über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Baugewerbe. Eingehend hat das „Volksblatt" über die Entwicklung und den Gang des Kampfes um Lohn und Arbeitszeit, der seit November vorigen Jahres geführt wird, berichtet und es erübrigt sich daher, hier näher darauf einzugehen. Die Bauunternehmer können diesen Kampf mit den ihr eigenen Mitteln nur führen, solange die Bauarbeiterschaft sich in der jetzigen mißlichen Lage befindet. Die Großindustrie wird man wieder als Sündenbock hinstellen, der die Arbeitgeber in ihrer „Arbeiterfreundlichkeit" hindert. Doch die Bauarbeiter haben erkannt, mit wem sie es zu tun haben, und bei den kommenden Auseinandersetzungen werden sie ihren Mann zu stehen wissen. Mag auch mancher von ihnen in der jetzigen Periode, ausgemergelt durch die lange Arbeitslosigkeit am Leib und Seele, mutlos geworden sein. Denn nichts anderes kann die jetzige Interesselosigkeit erklären. Kollegen, sie muß aufhören! Mehr denn je liegt es in dieser Zeit an den Bauarbeitern, auf dem Posten zu sein. Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Darum auf die Schanzen! Es gilt Eure Existenz! Besucht die Versammlungen! Tretet ein für Eure Organisation — für den Deutschen Baugewerksbund!

Roßla. Aus dem Gemeindeparlament. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung und des Zweckverbandsausschusses wurde zunächst über das Ansinnen des Elektrizitätswerkes Bretleben auf Verlegung der Niederspannungsleitung durch die Gemeinde Roßla verhandelt. Bekanntlich gehört die Hochspannungsleitung dem Werke Bretleben, während die Niederspannungsleitung Eigentum der Gemeinde Roßla ist. Die Leitung befindet sich zum großen Teil unter Hochspannung, was nach der Ansicht und Auffassung der Elektriker nicht sein soll. Das Ansinnen auf Verlegung der Leitung wurde abgelehnt. Dann wurde weiter über das Fortbestehen der hiesigen Berufsschule verhandelt. Infolge der hohen Kosten war der Schulbetrieb im Oktober eingestellt worden. Die Regierung hatte aber die Genehmigung hierzu nicht erteilt. Inzwischen hatte aber der Kaufmann Fricke um die Fortsetzung des Unterrichts zu ermöglichen, Brennmaterial unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, den Unterricht wiederaufzunehmen. Ferner nahm man Kenntnis von einer Mitteilung der Hagelversicherungsgesellschaft, in welcher die Gemeinde die Plantagen gegen Hagelschlag versichert, betreffs Nachzahlung einer Nachschußprämie. Die Pächter lehnen dies ganz entschieden ab. Wenn es hier nicht gelingt, einen für beide Teile gerechten Ausgleich zu schaffen, dann ist ein Rechtsstreit unvermeidlich. Zuletzt wurde beschlossen, das Land an den Preitzinger Wege meistbietend zu verkaufen.

Eisleben. Giebelsturz. Ueber Nacht stürzte plötzlich der Giebel eines Hauses in der Kühlschauer Straße ein. Das Haus mußte von den Bewohnern geräumt werden. Personen sind nicht verletzt worden.

Wie das Unternehmertum „die Produktion hebt".

Aus Bitterfeld wird uns geschrieben: Wie der Kampf, welchen das Unternehmertum gegen den Achtstundentag führt, auch von fremdstaatlichen, Angestellten des Unternehmertums benutzt wird, das deutsche Wirtschaftsleben zu sabotieren und den Wiederaufbau niederzuhalten, wird uns recht drastisch auf der Grube „Leopold" bei Holzweißig gezeigt. Als der tschechoslowakische Staatsangehörige Ingenieur Kühnel bei den Arbeitern in dem ihm unterstellten Betrieb anfragte, wer freiwillig 10 Stunden arbeiten wolle, sagte er ausdrücklich: 10 Stunden sollen gearbeitet werden, um den Betrieb rentabler zu gestalten, die Kohle zu verbilligen und dadurch das deutsche Wirtschaftsleben zu heben und zu fördern. Der Unternehmerverband hatte bei den Verhandlungen des sogenannten Schlichtungsausschusses versprochen, etwaige notwendige Arbeiterentlassungen mit der größten Rücksicht und Humanität durchzuführen. (Anhang in den Betrieben vom 28. Dezember 1923.) Auf Grube „Leopold" sehen wir jedoch gerade das Gegenteil von dem, was zu Weihnachten behauptet und versprochen worden war. Herr Kühnel hat in dem ihm unterstellten Betrieb (Kesselhaus und Zentrale) etwa 75 Prozent aller Arbeiter entlassen, und gerade die Arbeiter entlassen, welche durch langjährige Praxis den Betrieb genau kennen, und durch neue, fremde Arbeiter ersetzt, welche mit vielen kostspieligen, zeitraubenden Umständen sich die Praxis dieser Arbeiten erst aneignen müssen. Daß durch zehnstündige Arbeitszeit ein Betrieb nicht rentabler wird, ist ja allgemein bekannt und braucht hier nicht bewiesen zu werden. Daß aber durch die Fabrikationspraxis des Herrn Kühnel die Rentabilität eines Betriebes geradezu niedergehalten werden muß, muß auch Herr Kühnel als Betriebsleiter wissen. Da Herr Kühnel tschechoslowakischer Staatsangehöriger ist, also einem tschechofreundlichen Staat angehört, liegt der Gedanke nahe, daß er an einem Gesunden der deutschen Wirtschaft kein Interesse hat, vielleicht gar mit Vorbedacht das deutsche Wirtschaftsleben sabotiert. Mit Herrn Ingenieur Schubert (österreichischer Staatsangehöriger) werden wir uns bei nächster Gelegenheit noch befassen müssen. In dem Gruubenbetrieb, welchem Herr Dipl.-Ingenieur Heing vorsteht, ist es ebenso. Auch dort sind die tüchtigsten Arbeiter alle entlassen und werden durch neue, fremde Leute ersetzt. Auch dort scheint man an einer Steigerung der Produktion wenig Interesse zu haben. Oder aber die Herren Ingenieure wollen nur die Arbeiter, welche durch langjährige Arbeit den Betrieb in allen Einzelheiten kennen und darum die Anordnungen und Fachkenntnisse der Herren Betriebsleiter im stillen bevundert haben, nur los sein, ganz unbekümmert darum, ob die Produktion steigt oder fällt. Zum Schluß noch eine Frage an die Direktion der Grube „Leopold": Ist es mit der geschilderten Handlungsweise der genannten Herren einverstanden? Wenn ja, dann beweist sie damit, daß die Behauptung bei den Verhandlungen: „Wir müssen zehn Stunden arbeiten, um die Kohlenförderung zu heben, den Betrieb rentabler zu gestalten und damit die Kohle zu verbilligen und somit das Wirtschaftsleben zu heben", nur Phrasen waren, die nur gebraucht wurden, um die Arbeiter unter den Machtwillen des Kapitals zu zwingen.

Massenentlassungen in Falkenberg.

Wir haben uns schon öfters mit dem Abbau in Falkenberg beschäftigt. Das, was am Sonnabend in Falkenberg die Bahnmeisterei vorgenommen haben, und zwar im Auftrage des Betriebsamtes Torgau, übertrifft das Vorgehen der größten Scharfmacher der Schwerindustrie. Der Staat als Arbeitgeber wirft rücksichtslos einige hundert Leute auf die Straße — einerlei, ob der Arbeiter wenige Monate, 10, 15 oder 20 Jahre im Staatsbetrieb tätig gewesen ist. Im Lohntarifvertrag für die Arbeiter der Reichsbahn in der Fassung vom 24. September 1923 ist in mehreren Paragraphen, besonders aber im § 28 den langjährigen Arbeitern ein besonderer Schutz zugesagt. Aber was kümmert sich das Reich als Arbeitgeber um Verträge! Wie wir hören, sollen sich die Dienstvorsteher — also die Bahnmeister — mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die langjährigen Arbeiter eingesetzt haben. Aber nach einigem Hin und Her bittiert das Betriebsamt Torgau: „Alles wird entlassen." Die Kündigungen sind allen ausgehändigt worden. Das Arbeitsverhältnis ist am 2. Februar 1924 gelöst. Arbeitsentlassung erfolgt sofort. Wie will man das mit der finanziellen Not in Einklang bringen. Man verzichtet sogar darauf, die Arbeiter noch weiter zu beschäftigen. Man zahlt 14 Tage Lohn, ohne daß man Gegenleistung verlangt. Ist die Reichseisenbahn so intakt, und besonders der Unterbau, den doch die Bahnmeisterei-Arbeiter bearbeiteten, daß man sich diesen Luxus leisten kann? Man findet auf alle diese Fragen keine Antwort. Vergebens aber fragt man sich: „Was wird mit den Doppelverdienern, die noch ziemlich in allen Dienststellen stecken? Wann werden diese abgebaut? Denn bevor man Arbeiter, die jahrelang im Staatsdienst standen, entlässt, und nichtplanmäßige Beamte ins Arbeitsverhältnis zurückversetzt, muß man doch die Doppelverdiener, wenn man gerecht sein will, zuerst abbauen. Doppelverdiener sind aber in Falkenberg noch genügend beschäftigt. Es sind Beamte unter ihnen, die zwei und drei Pferde, 40, 50, 60 und 80 Morgen Feld haben.

Wir wollen heute nur einen Namen nennen! Der Bahnsteigschaffner, der Portierdienste in Falkenberg versieht, Quick (Rehfeld, Kreis Torgau) besitzt eine Landwirtschaft in der Größe von 120 Morgen, drei Pferde, das nötige Rindvieh. Er gilt als wohlhabender Bauer des Ortes. Um nicht abgebaut zu werden und nicht im Besitz einer Landwirtschaft zu sein, läßt er seinen 18jährigen Sohn als Besitzer eintragen. Zum Dank dafür wird er nicht abgebaut, sondern andere, die nichts haben, und nur ihre ehrliche Arbeitskraft zur Verfügung stellen können, fliegen aufs Pflaster. Solche Fälle wie Quick (Rehfeld), gibt es noch in Massen. Diese sind noch gar nicht so vorsichtig, wie Quick, sondern sind noch Selbstbesitzer. Im Interesse der Beamten- und Arbeiterschaft, die abgebaut werden sollen, ja, im Interesse der gesamten Gemeinde Falkenberg, die die Abgebauten dann als Einwohner hat, die in absehbarer Zeit kein Unterkommen finden können, da Falkenberg zu 80 Prozent Eisenbahn-Bevölkerung hat, erheben wir hiermit warnend die Stimme. Wir verkennen nicht, daß abgebaut werden muß; der Abbau muß aber gerecht geschehen.

Nun noch einige Worte zu dem Artikel in der letzten Nummer, der sich mit Herrn Oberingenieur Pfennig befaßte: Wir wissen, daß die Untersuchung eingeleitet ist, denn gestern hatte Herr Pfennig hohen Besuch aus Halle. Im Interesse der Beamten bitten wir, die Untersuchung gründlichst vorzunehmen. Wir bitten, sich auch damit zu befassen, wie Herr Pfennig dazu kommt, die Instruktionsstunde dazu zu benutzen, um über die Vereinigte Sozialdemokratische Partei herzuziehen! Er ist nicht nur über die Gewerkschaften hergezogen, sondern auch über die Sozialdemokratische Partei. Herr Pfennig hat es für unbequemlich gehalten, daß ein Beamter Sozialdemokrat sei, denn das wäre doch eine Partei, die gegen das Berufsbeamtentum sei. Wir glauben ja, daß nun Herr Pfennig schon etwas gelernt hat, denn er hat gesehen, daß sich die Sozialdemokraten, besonders durch ihre Presse, für das Berufsbeamtentum einsetzen, indem sie das Vorgehen des Herrn Oberingenieurs Pfennig gebührend verurteilen. Denn wer ist es denn, der in Falkenberg das Berufsbeamtentum abbaut, dem man im Dienst nicht das geringste nachsagen kann? Herr Pfennig! Wir glauben aber, daß er am allerersten reif ist für den Abbau, denn das hat uns so recht seine Instruktionsstunde gezeigt. Wie Herrn Pfennigs Meinung mit einer Aeußerung des Herrn Oberregierungsrates Illner, der das Lokomotivpersonal von Falkenberg als äußerst dienstfreudig und pflichttreu bezeichnet, in Einklang zu bringen ist, ist uns ein Rätsel. Man versteht es aber, wenn Herr Pfennig meint, daß er es besser wisse als Herr Oberregierungsrat Illner.

Bockwitz. Die kommunale Totenbestattung bewährt sich. In seinem Rückblick auf die Verwaltung der Gemeinde Bockwitz im Jahre 1923 äußert sich Gemeindevorsteher Irrgang über die guten Erfolge, die in Bockwitz mit dem gemeindlichen Bestattungswesen gemacht worden sind: Nach eingehenden Vorberatungen wurde Mitte des Jahres das Ortsgesetz über die Eingemeindung des Bestattungswesens verabschiedet. Der leitende Gedanke hierbei war in erster Linie, den Einwohnern bei vorkommenden Todesfällen die Sorge um die Aufbringung der zur Bestattung notwendigen Mittel abzunehmen. Wenn von der Durchführung des Ortsgesetzes bisher noch nichts zu merken war, so liegt es daran, daß die bestehenden Steuergesetze die Einführung einer Bestattungssteuer, welche in ihrem Aufbau der Einkommensteuer gleicht, noch nicht zulassen. Wie bei allen Neueinrichtungen lassen sich Unzuträglichkeiten und Widerstände nicht vermeiden, doch solche Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Wenn man sich vorurteilsfrei und eingehend mit dem Gegenstand beschäftigt, so wird man von der Berechtigung einer derartigen sozialen Einrichtung überzeugt sein müssen und keinen Grund für eine Ablehnung zu ihr finden. Der Gemeindevorsteher bezeichnet mit Recht das gemeindliche Bestattungswesen als einen Zweig der Wohlfahrtspflege, als wichtige Aufgabe der Behörden. Solche Aufgaben sind neu und sind es doch wieder nicht; es sind nur neue Formen des alten Kampfes um die Wohlfahrt des Volkes.

Zeitz. Sonntagsruhe im Friseurgewerbe. Durch Verfügung vom 7. Dezember 1923 des Regierungspräsidenten zu Merseburg ist für das Gebiet der Stadt Zeitz die Sonntagsruhe für das Friseurgewerbe eingeführt. Am 1. Ostern, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag ist ein Betrieb nur in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags gestattet.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 23. Januar 1924.

Jungsozialistische Bildungsarbeit.

Die Eisleben Jungsozialisten planen angesichts der Tatsache, daß in Eisleben keine Volkshochschule vorhanden ist, eine Reihe von Vortragskursen. Am Dienstag, dem 29. Januar, beginnt der erste über die deutsche Reichsverfassung. Weitere Kurse über wirtschaftliche und betriebswissenschaftliche Fragen folgen. Erfahrene parteigenossische Vortragende wurden gewonnen. Uebrigens sind auch kunstgeschichtliche Lichtbildabende vorgesehen. Ueber alles Nähere erfolgen noch Mitteilungen. Ausführt erteilt am Ort der Genosse Albert Egeling, Eisleben, Badergasse 18. Die Parteigenossen mögen für regen Besuch des ersten Abends auch in weiteren Kreisen werben.

* **Zurückgewiesener Schwindel.** Vor einigen Tagen haben wir bereits die unsinnigen Gerüchte zurückgewiesen, die von interessierter Seite ausgestreut werden, um über die Existenzgrundlagen des Heims der Mansfelder Arbeiterschaft eine falsche Meinung zu verbreiten. Absichtlich oder unabsichtlich werden Gerüchte von einem Verkaufe des Eisleber „Volkshauses" verbreitet. Alle derartigen Gerüchte erklärte die Genossenschaft in einem in der gestrigen Nummer veröffentlichten Inserat als aufgelegten Schwindel. Das „Volkshaus" befindet sich in den Händen der freien Gewerkschaften und bleibt auch im Besitze derselben. Das Etablissement wird augenblicklich in seinen gesamten inneren Räumen renoviert und damit neu und zeitgemäßer ausgestattet. An der Mansfelder Arbeiterschaft liegt es nun, durch starken Besuch ihres Heims derartigen Lügenmeldungen ein für allemal die Grundlage zu entziehen.

Helfta. Eine Konsum-Versammlung fand letztes Sonntag hier statt. Der Besuch derselben ließ erkennen, daß leider der größte Teil der Verbraucherschaft schon wieder vergessen hat, wer ihm über die schweren Zeiten des Warenmangels und der Geldentwertung durch billige Lebensmittel hinweggeholfen hat. Heute kauft man wieder, dem „Zuge der Zeit" folgend, zu denen hin, die es auch während der größten Inflation verstanden haben, ihren Warenbestand zu erhalten. Getreuer Haberland (Sangerhausen) gab ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Lage der Genossenschaft, schilderte die Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Lebensmitteln im November und Dezember zu überwinden waren und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nachdem man eine Festigung auf dem Geldmarkte eingesetzt hat, auch die Genossenschaft wieder allmählich ihre Mitglieder mit allen benötigten Lebensmitteln preiswert beliefern kann. Das kann natürlich nur geschehen, wenn unsere Mitglieder sich auf ihre genossenschaftlichen Pflichten besinnen, d. h. wenn sie ihre leider sehr zusammengeschrumpfte Kaufkraft dem Verein zur Verfügung stellen und nicht, wie es leider gerade im Mansfeldischen geschieht, durch Wareneinnahme auf den Werken außer ihrer Arbeitskraft auch noch ihre Kaufkraft auf dem Altare des Vaterlandes (sprich: Kapital!) opfern. Es war eine selbstverständliche Pflicht, daß die Werke während der Warenknappheit ihre Arbeiter mit Waren versorgten, weil nur die Werke über die dazu notwendigen Mittel verfügten. Heute aber, nachdem von einer Warenknappheit nicht mehr gesprochen werden kann, sind für manchen noch dunkle Ziele die Triebkraft zur Werks-Warenabgabe. Volkswirtschaftler, Politiker und ähnliche Gelehrte müssen sich in äußerst geschickt in die bürgerliche Presse lancierten Artikeln ab, daß derjenende Vorteile plausibel zu machen, welche ungeheuren wirtschaftlichen Vorteile für dasselbe durch den Werkskonsum entstehen. Auch heute sehen die meisten Arbeiter noch nicht, daß über allen „sozialen" Einrichtungen des Unternehmertums die abscheuliche Fratze des Kapitalismus grinst: „Mehrwert! Profit und nochmals Profit!" In der dem Vortrag folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß in Helfta noch mit einer schönen Zahl von guten Genossenschaftlern zu rechnen ist, denn die gemachten Ausführungen legten Zeugnis ab von dem heißen Bestreben, durch Selbsthilfe unser Werk weiter auszubauen. Der von der Verwaltung festgesetzte Geschäftsanteil von 50 Mk. wurde gutgeheißen. Den Mitgliedern soll die Einzahlung so leicht wie möglich gemacht werden. Ebenso soll in allernächster Zeit mit der Abgabe der Rabattmarken wieder begonnen werden. Die Sparkasse ist in Geld umgestellt. Also die Ansätze zur Besserung sind da! Helfen wir alle mit am Bau, suchen wir noch tüchtige Mitarbeiter zu gewinnen, so werden wir unser Ziel, die Befreiung der Kapitalwirtschaft, erreichen — trotz alledem!

Helfta. Neue Austrägerin. Durch plötzliches Verfagen unserer früheren Austrägerin, das dem Verlag erst jetzt bekannt wird, ist den hiesigen Lesern die „Mansfelder Volkszeitung" einige Tage nicht zugestellt worden. Seit gestern besorgt eine neue Austrägerin die Zustellung. Die Leser wollen die Störung entschuldigen und etwaige Unregelmäßigkeiten dem hiesigen Ortsvereins-Vorsitzenden, Genossen Otto Hermann, melden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401231-15/fragment/page=0006